



Als der Mensch nichts galt

Tatsachenbericht von den Ausbeutungsverhältnissen
in der ehemaligen Hescho

Vorwort

Die Zentrale Parteileitung der Parteiorganisation des VEB KWH legt mit der vorliegenden Broschüre eine Arbeit vor, die sich auf Archivmaterial unseres Betriebes stützt. Mit unwesentlichen Kürzungen beinhaltet diese Broschüre die Diplomarbeit des Genossen Kurt Keuchel, Stadtroda, zum Abschluß seines Studiums als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler. Diese Arbeit ist wert, von jedem Angehörigen des VEB Keramische Werke Hermsdorf gelesen zu werden, da sie mit beweiskräftigen Archivunterlagen eine Charakteristik des deutschen Imperialismus und Faschismus gibt, dargestellt am Betriebsgeschehen des ehemaligen Hescho-Konzerns 1934–1944. In dieser Broschüre wird die heuchlerische Maske, die Brutalität und Menschenverachtung der Faschisten und ihrer Auftraggeber, der imperialistischen Finanzmagnaten entlarvt.

Sie weist auf die Hintergründe des II. Weltkrieges hin. Aus diesem Grunde ist das vorliegende Material auch heute noch von höchster Aktualität und läßt auf Parallelen der gegenwärtigen Entwicklung in Westdeutschland schließen.

Einige Betriebsangehörige bzw. ehemalige Betriebsangehörige des VEB KWH kennen diese Zeit noch aus eigenem Erleben. Sie und alle anderen können aus dieser Broschüre erkennen, warum heute wieder in der Bonner Bundesrepublik die KPD, die FDJ, der DFD und andere demokratische Organisationen verboten sind, warum gegenwärtig die Gewerkschaften mundtot gemacht werden sollen, warum die Notstandsgesetze durchgesetzt werden sollen und warum Bonn die amerikanische Aggression in Vietnam unterstützt.

Der Bundeskanzler, Herr Erhard, spricht von einer „formierten Gesellschaft“. Was meint er damit? Alle Tendenzen weisen darauf hin, daß er offensichtlich an die in dieser Broschüre entlarvte Gesellschaft denkt. Die Broschüre soll dazu beitragen, daß jeder einzelne aus persönlichem Erleben Schlußfolgerungen für seine und des ganzen deutschen Volkes Zukunft zieht. Darum ist im Nachwort der Broschüre eine kurze Darstellung der Entwicklung des VEB Keramische Werke Hermsdorf unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR herausgearbeitet. Die Broschüre ist anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herausgegeben.

Zentrale Parteileitung

der BPO des VEB Keramische Werke Hermsdorf

Die Entstehung der Hermsdorf-Schomburg-Isolatoren-gesellschaft

Im Jahre 1889 wurde die Hermsdorf-Schomburg-Isolatoren-gesellschaft, als Zweigniederlassung der Porzellanfabrik Kahla, erbaut. In Kahla, dem Hauptwerk, wurde die Produktion schon im Oktober 1844 aufgenommen.

Die Hescho entstand mit insgesamt 10 Brennöfen und war für die damaligen Verhältnisse modern eingerichtet. Anfangs war die Produktion in Hermsdorf ausschließlich auf die Herstellung von Gebrauchsgeschirr gerichtet, aber schon vier Jahre später begann die Isolatorenproduktion. Auf diesem Gebiet entwickelte sich die Hescho zu einer der größten und im kapitalistischen Sinne erfolgreichsten Porzellanfabriken Europas.

Die Herausbildung des Imperialismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und die damit im Zusammenhang stehende Konzentration und



Abb.1 Teil des damaligen Brennhauses

Zentralisation der Produktion und des Kapitals sowie die weitere Entwicklung der Produktivkräfte gestatteten in den nachfolgenden Jahren eine rasche Erweiterung der Produktion, von allem auf dem Gebiet der Herstellung von Hochspannungsisolatoren.

Im Jahre 1897 wurde in der Hescho der Delta-Isolator entwickelt, welcher auf diesem Gebiet in der Welt bestimmend war. Um die Jahr-

hundertwende entstand in Hermsdorf ein modernes Prüffeld für Versuchs- und Forschungszwecke. Es gelang, Kettenisolatoren für eine Betriebsspannung von 50 000 bis 60 000 Volt und später darüber hinaus herzustellen. In diese Zeit fällt auch eine rasche Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Hescho auf dem Weltmarkt, welche sich in einer starken Vergrößerung des Exportgeschäftes zeigte. Die USA, Kanada, Schweden und eine Reihe anderer Länder wurden Hauptabnehmer der Hescho-Exponate. So lieferte die Hescho zum Beispiel die Kettenisolatoren für das Niagara-Kraftwerk. Aber auch in Deutschland selbst erhöhte sich der Absatz. Die erste 100 000-Volt-Leitung, mit Kettenisolatoren aus Hermsdorf, entstand zwischen Lauchhammer und Riesa. Im Jahre 1913 wurde erstmalig in Europa in der Hescho ein Versuchsfeld für technischen Wechselstrom von 500 000 Volt in Betrieb genommen.

Im Zusammenhang mit der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder veränderte sich das Kräfteverhältnis zwischen den Großmächten im imperialistischen Stadium des Kapitalismus sehr rasch. Schon um die Jahrhundertwende rückte Deutschland in der Reihe der Industriemächte Europas auf den



Abb. 2 Teil des damaligen Glasiersaaes für kleine Artikel

zweiten Platz. Seit dieser Zeit nahm der deutsche Imperialismus endgültig Kurs auf die Neuverteilung der Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Einflußsphären in der Welt.

In diesem Zusammenhang entwickelte sich auch die Hescho in der Zeit bis zum ersten Weltkrieg zu einem Großbetrieb, welcher eine nicht unbeträchtliche Rolle im Rahmen der Rüstungs- und Kriegsproduktion des deutschen Imperialismus spielte.

Zu Beginn des ersten Weltkrieges hatte sich die Zahl der Brennöfen von 10 auf 21 erhöht. Die Zahl der Beschäftigten war auf etwa 1000 angestiegen. Der erste Weltkrieg wurde für die Hescho zu einem Riesengeschäft. Umfassende Heeresaufträge führten zu einem starken Anstieg der Profite. Allein im Jahre 1917 waren 90 v. H. aller Inlandsaufträge Heereslieferungen. Zwar machte die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus dem großen Rüstungsgeschäft ein jähes Ende, aber noch im Jahre 1918 wurde an die Aktionäre eine Dividende in Höhe von 20 v. H. ausgezahlt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im gleichen Jahr 137 000 Mark als Gewinnbeteiligung.

Die Hauptaufgabe der Novemberrevolution, Sturz des deutschen Imperialismus, blieb ungelöst. Die Weimarer Republik gestattete es dem Monopolkapital, seine Klassenherrschaft wieder zu errichten. Als es dann dem deutschen Imperialismus gelungen war, die Novemberrevolution und die revolutionäre Nachkriegskrise zu überstehen, ging es für die Bourgeoisie darum, ihre Macht in vollem Umfang herzustellen und zu festigen, die Ausbeutung der Werktätigen fortzusetzen und an die Spitze zu gelangen, vor allem die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Imperialismus auf dem kapitalistischen Weltmarkt wieder herzustellen. Der Kurs, welcher von der Hescho-Leitung während dieser Zeit eingeschlagen wurde, geht mit großer Deutlichkeit aus einem Bericht der Werkleitung hervor, der nachstehend auszugsweise zitiert wird.

„In dem harten Wettbewerb, der nach Friedensschluß einsetzte, um den deutschen Erzeugnissen wiederum den Weltmarkt zu erschließen, erwies sich die gründliche wissenschaftliche Arbeit der Porzellanfabrik Hermsdorf als außerordentlich wertvoll. In der damaligen Zeit schwerster wirtschaftlicher Not und eines ständig zunehmenden Währungsverfalls verursachten diese unbedingt erforderlichen Versuchs- und Forschungsarbeiten jedoch Kosten, die ein einzelnes Unternehmen nicht mehr tragen konnte. Aus diesem Grund ging im Mai 1922 die Porzellanfabrik Kahla mit der Hermsdorf-Schomburg & Söhne AG, dem bedeutsamen deutschen Wettbewerber ihrer Werke, in Hermsdorf und Freiberg unter dem Namen „Hermsdorf-Schomburg-Isolatoren GmbH“ zur gemeinsamen technisch-wissenschaftlichen Durchdringung des Arbeitsgebietes eine Interessengemeinschaft ein. Als Folge dieses Zusammenschlusses... wurde die gesamte Versuchstätigkeit auf elektrischem und mechanischem Gebiet in Hermsdorf zusammengezogen.“ (Archiv, VEB — Keramische Werke Hermsdorf, Akte Nr. 187 [41].)

Der Interessengemeinschaftsvertrag vom Mai 1922 wurde für die Dauer von 99 Jahren abgeschlossen. Vereinbart wurde darin u. a.: der gegenseitige Erfahrungsaustausch auf technischem, wissenschaftlichem und produktionsmäßigem Gebiet, Bildung eines sogenannten Gemeinschaftsrates, welcher sich aus Vertretern beider Vorstände konstituierte, Austausch von Vorstandsmitgliedern der Werke Hermsdorf und Kahla usw. Am Gewinn und Verlust war Kahla mit $\frac{5}{8}$ und Hermsdorf mit $\frac{3}{8}$ beteiligt.

Durch die gebildete Interessengemeinschaft wurde es möglich, die Werke Margarethenhütte, Roßlau, Wiesau, Pirkensee, Schwarzenfeld und Schwandorf unter die Kontrolle der Interessengemeinschaft zu bringen.

Lenin sagte bereits in seinen ausgewählten Werken Band I:

„Das ungeheure Wachstum der Industrie und der auffallend rasche Prozeß der Konzentration der Produktion in immer größeren Betrieben ist eine der charakteristischen Besonderheiten des Kapitalismus.“

Diese Worte Lenins wurden auch voll durch die Entwicklung der Hescho bestätigt. In diesem Konzentrationsprozeß ging es der gebildeten Interessengemeinschaft

1. um die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Gebiet der Porzellanindustrie;
2. um die Kombination verwandter Produktionsgebiete — der Geschirrfabrikation und des Elektroporzellans;
3. um die Angliederung der Rohstofflieferanten;
4. um den Erwerb von Markenwaren, denn die Hescho war das Spitzenwerk der deutschen Porzellanindustrie.

Die Konzentration der Produktion zu immer größeren Betrieben hat neben der technischen Seite eine ökonomische Voraussetzung. Sie besteht darin, daß im Zusammenhang mit einer höheren Produktion auch ein größerer Absatzmarkt vorhanden sein muß. Daraus resultierte auch das starke Bemühen der Hescho-Leitung, in den folgenden Jahren das Exportgeschäft auszuweiten und die Produktivkräfte im Sinne der Profitserhöhung weiterzuentwickeln. Schon ein Jahr nach der Bildung der Interessengemeinschaft wurde in Hermsdorf mit dem Bau eines Versuchsfeldes begonnen, in welchem eine Spannung von einer Million Volt für technischen Wechselstrom erzeugt werden konnte.

Die Weltwirtschaftskrise, welche 1929 einsetzte, brachte auch die Hescho in große wirtschaftliche Schwierigkeiten.

In dem schon zitierten Bericht der Werkleitung im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise hieß es:

„Die trügerische Konjunktur von 1926 bis 1929 ließ auch schon annehmen, daß wir mit unserer Wirtschaft über den Berg seien. Um so größer war die Enttäuschung, als in der Zeit von 1929 bis 1933 erneut schwere Absatzstockungen eintraten.“

(Archiv, VEB Keramische Werke Hermsdorf, Akte Nr. 187.)

Diese Weltwirtschaftskrise bedeutete das Ende der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland. Das Profitstreben der Bourgeoisie vollzieht sich unter den Bedingungen der Existenz des Privateigentums an Produktionsmitteln und des Konkurrenzkampfes. Der Drang nach Ausdehnung der Produktion stößt auf die Begrenztheit des Marktes sowie auf die begrenzte zahlungsfähige Nachfrage der Massen. In der Konsumtionsbeschränkung der werktätigen Massen zeigt sich letzten Endes der Grundwiderspruch der kapitalistischen Ordnung zwischen der gesellschaftlichen Produktion und dem privatkapitalistischen Charakter der Aneignung. Absatzschwierigkeiten, Rückgang der Produktion und Massenentlassungen waren die äußeren Kennzeichen der Weltwirtschaftskrise. Im Jahre 1930 betrug die Beschäftigtenanzahl der Hescho weniger als 500.

In Deutschland führte die Weltwirtschaftskrise dazu, daß die reaktionären Kräfte des Finanzkapitals Kurs auf die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und die Errichtung des Faschismus nahmen. Nicht zuletzt deshalb, um die weitere Zuspitzung des Widerspruchs zwischen den Volksmassen und dem deutschen Finanzkapital zu verhindern.

Hinzu kam die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse, welche, - durch die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften herbeigeführt - die Errichtung der Macht des Faschismus möglich machte.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur kam es in den Jahren nach 1933 zu einem allmählichen wirtschaftlichen Aufschwung in der Hescho. Die Ursachen dafür waren die sich erhöhende Ausbeutung der Werktätigen, die Beteiligung der Hescho an der Rüstungsproduktion etwa ab 1935 und die Einbeziehung ausländischer Zwangsarbeiter in die Produktion. Während der in der Bilanz ausgewiesene Reingewinn im Jahre 1934 rund 124 000 RM betrug, waren es im Jahre 1942 mehr als 10,4 Millionen RM.

Das Fertigungsprogramm der Hescho sah nach 1933 im wesentlichen so aus:

1. Aus Hochfrequenzmassen wurden Variometer, Hochfrequenzspulen, Abspann- und Mastfußisolatoren, Sender- und Empfangschassis, Wicklungsträger u. a. m. hergestellt;
2. aus Porzellanmasse wurden Hochspannungsporzellane, Niederspannungsporzellane und chemisch-technische Porzellane erzeugt.

Für die Hescho begann während der Zeit des Hitlerfaschismus wieder das Geschäft der großen Profite. Die Beschäftigtenanzahl betrug im Jahre 1932 insgesamt 660 und stieg im Jahre 1944 - ohne Heimarbeiter - auf 5264 Beschäftigte an.

Durch die Konkurrenzfähigkeit der Hescho auf dem kapitalistischen Weltmarkt erhöhten sich die Einnahmen.

Während es im Jahre 1934 Auslandsvertreter der Hescho in 23 Ländern der Welt gab, waren es im Juni 1938 insgesamt 34 Länder, in denen Auslandsvertreter der Hescho tätig waren. Darunter befanden sich neben den meisten europäischen Ländern solche Staaten wie Kanada, Australien, Brasilien, Südwestafrika u. a.

Die Bedeutung der Hescho für den Hitlerfaschismus als Rüstungsbetrieb geht u. a. auch daraus hervor, daß der Betrieb 1939 und 1940 als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet wurde.

Vor und während des zweiten Weltkrieges arbeitete die Hescho sehr eng mit den „Dornier-Werken“, den „Elektrochemischen Werken München AG“, der „IG Farben“, der „Rheinmetall Borsig AG Düsseldorf“, dem „Luftforschungsinstitut“, dem „BMW-Flugzeugmotorenbau“, der „AEG“ und anderen am Krieg stark beteiligten Betrieben zusammen.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus wurde die ehemalige „Hermisdorf-Schomburg-Isolatoren GmbH“ Volkseigentum. Heute gehört dieser Betrieb den Werktätigen unserer Republik. Der VEB Keramische Werke Hermisdorf ist der größte und bedeutendste Betrieb der keramischen Industrie in der DDR.

II. Die Entwicklung der Ausbeutungsverhältnisse in den Jahren 1934 bis 1944

Die Weimarer Republik bestand 14 Jahre. In ihr konnte unter dem Deckmantel der formalen bürgerlichen Demokratie die Diktatur der reaktionärsten, aggressivsten Kreise des Finanzkapitals entstehen.

Im Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung heißt es u. a.:

„Mit der Hitlerpartei übernahm jene Partei die Macht, die mit ihrer Abenteuerlichkeit, ihrem Terror gegen die Volksmassen, ihrem wilden Revanchismus und Antisowjetismus und ihrer hemmungslosen nationalen Demagogie den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen

des deutschen Finanzkapitals am meisten entsprach. Die faschistische Herrschaft war die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des deutschen Finanzkapitals.“

Die Ausbeutungsverhältnisse in der Hescho wurden weitgehendst davon bestimmt, daß sich während der Zeit des Hitlerfaschismus eine umfassende staatsmonopolistische Entwicklung in Deutschland vollzog.

Wie in ganz Deutschland, so bedeutete der Faschismus für die Arbeiter der Hescho eine immer stärker werdende Ausbeutung, Verlängerung der Arbeitszeit, steigende Arbeitsintensität, ansteigende Unfallziffern, Abbau der Sozialleistungen, Liquidierung sämtlicher demokratischen Rechte und vor allem während des zweiten Weltkrieges eine ständig sich verschlechternde Lebenslage. Der Faschismus bewies eindeutig, daß seine antinationalen Ausbeutungs- und Machtinteressen mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes unvereinbar waren.

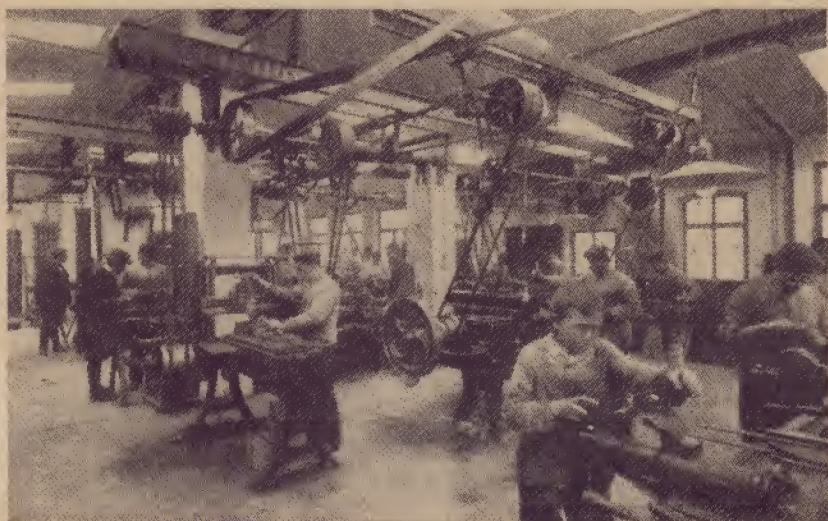


Abb. 3 Matrizenbau-Werkstätten um die Jahrhundertwende

III. Die fortschreitende Entrechtung der Arbeiter- klasse unter den Bedingungen der Hitlerdiktatur

Am 24. Dezember 1934 trat die neue Betriebsordnung der Hescho in Kraft. Sie bedeutete für die Werktätigen die völlige Auslieferung an das faschistische System. Im Betrieb „arbeiteten Führer des Betriebes und Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat“. Im Betrieb – so wurde festgelegt – werden nur Angehörige der Deutschen Arbeitsfront beschäftigt. Gleichzeitig wurden die Beschäftigten zur Ableistung notwendiger Sonn- und Feiertagsarbeit sowie erforderlicher Überstunden verpflichtet. Für alle Fälle konnte aber auch nach Beratung im sogenannten Vertrauensrat Kurzarbeit angeordnet werden, wobei eine Ankündigungsfrist von 3 Tagen einzuhalten war.

Der Urlaub betrug, in dem auf den Eintritt in den Betrieb folgenden Jahr, 3 Arbeitstage, und erst nach 15jähriger Tätigkeit steigerte sich der Urlaub auf 12 Arbeitstage pro Jahr.

Entsprechend der neuen Betriebsordnung konnten auch Geldbußen für die Arbeiter verhängt werden. Wiederholtes Zuspätkommen, Rauchen im Betrieb, Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften, Beleidigungen gegen Mitarbeiter usw. konnten schon zur fristlosen Entlassung führen. Die volle Entrechtung der Hescho-Arbeiter ging sogar so weit, daß im Falle einer „rechtswidrigen“ Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Beschäftigten dieser seinen Lohn bis zum Betrag eines durchschnittlichen Wochenverdienstes abgezogen erhielt.

Ohne Zweifel stützte sich die Betriebsordnung der Hescho auf das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934. In diesem Gesetz wurde dem Unternehmer die Rolle des Führers im Betrieb übertragen. Er allein war berechtigt, alle Fragen des Betriebes zu entscheiden. Um den Schein der Demokratie zu wahren, war in diesem Gesetz u. a. die Wahl eines sogenannten Vertrauensrates in jedem Betrieb vorzunehmen. Seine Mitglieder aber wurden vom Führer des Betriebes benannt. Die Aufgaben dieses Vertrauensrates bestanden vor allem in der Entwicklung des Betriebes zu einem „Nationalsozialistischen Musterbetrieb“, durch entsprechende politisch-ideologische Beeinflussung der Arbeiter zu erreichen, die Bestrebungen zur „Schönheit der Arbeit“ zu fördern und Geldsammlungen im Betrieb zu organisieren. So gab es zum Beispiel in der Hescho eine Fritz-Saukel-Stiftung. Jeder Arbeiter mußte monatlich den Betrag einer Überstunde, als Leistung aller Schaffenden, an diese Stiftung abführen. Für die Arbeiter der Hescho bedeutete all das eine völlige Rechtlosigkeit. Für sie war die Betriebsordnung nichts weiter als die „gesetzliche Grundlage“ der Betriebsleitung, mit der die Rechtlosigkeit der Arbeiter geschaffen und die Ausbeutung verschärft wurde.

Letzten Endes ging es in der Betriebsordnung nur darum, daß die Arbeiter unter der Losung „Zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat“ immer höhere Profite für die Hescho schaffen sollten.

Das Verbot der KPD und der entfaltete Terror gegen ihre Mitglieder, die Beseitigung der Gewerkschaften und aller demokratischen Einrichtungen vervollständigten die Rechtlosigkeit der Werktätigen.

In noch stärkerem Maße wurde die völlige Rechtlosigkeit der Arbeiter in den Kriegsjahren sichtbar. So war beispielsweise in der „Verordnung über die Sicherung des Gefolgschaftsstandes in der Kriegswirtschaft“ (Reichsgesetzblatt I, vom 16. Dezember 1942, S. 702) festgelegt, daß in den Betrieben der Kriegswirtschaft Arbeitsverhältnisse nur durch das Arbeitsamt gelöst werden konnten.

„Wer ohne Anordnung des Arbeitsamtes - so hieß es wörtlich in dieser Verordnung - seinen Arbeitsplatz verläßt oder einen Gefolgsmann aus einem Betrieb der Kriegswirtschaft entläßt, wird gemäß Ziffer II der zweiten Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 5. November 1936 mit Gefängnis und einer Geldstrafe, letztere in unbegrenzter Höhe, oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.“

Die Liquidierung des Kündigungsrechtes der Arbeiter beseitigte also die freie Wahl des Arbeitsplatzes vollkommen und lieferte sie völlig der Ausbeutung in den Betrieben der Kriegswirtschaft aus.

Erwähnt sei an dieser Stelle eine während des zweiten Weltkrieges erschienene „Verordnung über die Ausfallvergütung“ (Reichsgesetzblatt I, vom 16. Dezember 1942, S. 702). Darin war festgelegt, daß bei Arbeitsausfall, infolge Mangel an Rohstoffen, die Beschäftigten eine Ausfallvergütung in Höhe von 60 v. H. erhielten, wenn der Arbeitsausfall länger als einen Tag dauerte. Die Arbeiter wurden also praktisch dadurch gezwungen, den Arbeitsausfall bis zu einem Tag in vollem Umfang selbst zu tragen.

Im Rundschreiben Nr. 1/1942 der Mittelthüringischen Industrie- und Handelskammer ging die Ausplünderung der Arbeiterklasse sogar noch weiter. Danach konnte es den Unternehmern „nicht zugemutet“ werden, den Verdienstausschlag bei Kohlenmangel, Strom- und Gasentzug zu übernehmen. Für die Arbeiter aber war der Verdienstausschlag eine durchaus zumutbare Angelegenheit, ebenso wie die Tatsache, daß in kriegswichtigen Betrieben kein Urlaub zu gewähren war.

Allein schon in diesen angeführten Gesetzen und Verordnungen zeigen sich deutlich die antagonistischen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Faschismus bedeutete für die Arbeiter der Hescho, ebenso wie für die gesamte Arbeiterklasse und alle anderen werktätigen Schichten des deutschen Volkes:

1. umfassende Entrechtung und Unterdrückung;
2. vollständige soziale Knechtung und
3. maßlos gesteigerte Ausbeutung.

Alle gegen die Werktätigen gerichteten Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen dienten der völligen Knechtung des eigenen Volkes, der Vorbereitung und Führung des zweiten Weltkrieges und der ständigen Erhöhung der Profite für die Machthaber im Faschismus. Die faschistische Herrschaft machte die Arbeiter zu Sklaven, und durch die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen in Deutschland selbst sollten die materiellen Grundlagen für die faschistische Eroberungspolitik nach außen geschaffen werden.

Die Widersprüche zwischen Volk und Faschismus versuchten die Nazis durch eine umfassende ideologische Beeinflussung zu verschleiern. Dieser ideologischen Beeinflussung, verbunden mit zunehmendem Terror gegen die Volksmassen, waren auch die Werktätigen der Heschos ausgeliefert. All das führte dazu, daß ein großer Teil der Beschäftigten der faschistischen Ideologie unterlag und sich von den faschistischen Machthabern mißbrauchen ließ. Der Hitlerfaschismus hatte keine neue Ideologie geschaffen, sondern er knüpfte an schon bekannte reaktionäre und pseudowissenschaftliche Theorien an, um seine Politik und die damit verbundenen Ziele zu rechtfertigen. Er nutzte aber auch bestimmte Begriffe der marxistischen Weltanschauung aus, um das Volk für seine Zwecke reif zu machen. So erklärten die Faschisten, gegen das Kapital und die Ausbeutung zu kämpfen. Sie knüpften an vorhandene Gedanken der Solidarität der Werktätigen an, sprachen von der Volksgemeinschaft, von Ehre der Arbeit usw.

Die wesentlichsten Elemente der faschistischen Ideologie waren einmal die Rassentheorie, mit der das sogenannte Herrenmenschentum und die nationale Überheblichkeit gerechtfertigt werden sollte. Eine Erscheinungsform der faschistischen Rassenideologie war der stark ausgeprägte Antisemitismus, der sich im Kampf gegen das sogenannte Weltjudentum zeigte. Ein anderes wesentliches Element war der Antikommunismus als Hauptbestandteil der faschistischen Ideologie. Er äußerte sich

1. im Terror gegen die Kommunisten und alle anderen demokratischen Kräfte;
2. in der Entstellung der marxistischen Weltanschauung, des Kommunismus und der Verfälschung der Arbeiterbewegung und
3. in einer ungeheuren Hetze gegen die Sowjetunion, den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt.

Als am 12. April 1940 der ehemalige Gauleiter Sauckel zu den Angehörigen der Heschos sprach, machte er u. a. nachstehende Ausführungen, welche anschaulich die faschistische Propaganda demonstrierten (Betriebszeitung „Hescho-Gemeinschaft“, Nr. 8, vom 8. Mai 1940):

„Man hat uns Nationalsozialisten in der Kampfzeit oft fälschlicherweise auf Grund jüdischer Lügen nachgesagt: Wir stünden vielleicht im Sold des Kapitalismus, wir seien irgendwie politisch abhängig vom Geld. Nein, meine lieben Volksgenossen, wir waren die einzig

revolutionäre Bewegung gegen das Gold und gegen das Geld. Deshalb, weil wir das taten, führt ja heute die kapitalistische Welt den Kampf gegen unseren Staat und gegen unser Volk ...“

An anderer Stelle der Rede Sauckels hieß es:

„Wir würden keinen Krieg führen, wenn nicht der Gegner und eiserne Notwendigkeit uns dazu gezwungen hätten ... Wir werden diesen uns aufgezwungenen Krieg durchfechten, bis für 85 Millionen deutsche Männer und Frauen, und vor allem für die deutsche Jugend, ein für allemal die Existenz und ein anständiges und würdiges Leben gesichert ist ...“

Kein Wort sagte Sauckel davon, daß hinter dem Faschismus die reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals standen. Kein Wort davon, daß diese Kräfte den Machtantritt Hitlers und die Existenz der Nazipartei materiell sicherten. Es war nicht die Rede davon, daß beispielsweise 1933 die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ eingerichtet wurde, aus deren Aufkommen viele Millionen Mark der Nazipartei zufließen. An solchen Spenden zahlte z. B. die IG Farben, ohne die Leuna- und Buna-werke und ohne die Kalle und Co. AG, in der Zeit von 1933 bis 1944 mehr als 83 Millionen RM an die Partei Hitlers. Sauckel sprach auch nicht davon, daß der deutsche Faschismus die volle Verantwortung für den zweiten Weltkrieg auf sein Schuldkonto geladen hatte, und auch nicht davon, daß alles im Auftrag des deutschen Finanzkapitals geschah, dem es einzig und allein um die Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne, um die vollständige Liquidierung der Rechte der Werktätigen und um die rücksichtslose Verschärfung der Ausbeutung der Werktätigen ging. Unter der Losung „Volk ohne Raum“ sollten mittels des Krieges fremde Völker unterworfen werden, womit die reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals sich einen „Platz an der Sonne“ erobern sollten. Weit von der Wahrheit entfernt verbreitete Sauckel Lügen, Haß und schlimmsten Nationalismus.

Wesentlich deutlicher als Sauckel drückte sich Hitler selbst aus, als er am 1. September 1939 im sogenannten Reichstag seine Kriegserklärung verkündete. Er erklärte:

„Ich habe nun über sechs Jahre am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. Es sind in dieser Zeit über 90 Milliarden für den Aufbau dieser Wehrmacht aufgewendet worden.“

Göring forderte „Kanonen statt Butter“. Während der faschistische Minister Dr. Schacht das Programm Hitlerdeutschlands dadurch kennzeichnete, indem er sagte:

„Je weniger konsumiert wird, um so mehr Arbeit kann für die Rüstung verwendet werden.“

So also sah die planmäßige Kriegsvorbereitung des Faschismus aus. Das war die eigentliche Praxis.

Gewiß war es kein Zufall, daß in der gleichen Ausgabe der damaligen Betriebszeitung „Hescho-Gemeinschaft“ ein kleines Gedicht abgedruckt war, in dem es um die „guten Seiten“ des angeblich unvermeidbaren Krieges ging.

Das Gedicht trug die Überschrift „Die übereilte Kriegstraumung“. Am Ende hieß es dort:

„Der Krieg, er läßt sich nicht vermeiden,
hat doch auch seine guten Seiten,
manch hartgesottner Junggeselle
wird Ehemann mit Blitzesschnelle.“

Welche ungeheure Hetze, im Rahmen des Antikommunismus, gegen die Sowjetunion geführt und wozu die Betriebszeitung laufend benutzt wurde, zeigt nachstehender Artikel eines ehemaligen Betriebsangehörigen, welcher am 4. September 1937 unter der Überschrift „Die Arbeiter in der Sowjetunion“ veröffentlicht wurde:

„...in einer Stube hausen 2-3 Familien, kein Arbeiter hat eigene Möbel. In den Werkskantinen gibt es meist eine spülwasserähnliche Kohlsuppe ...“

„Die Straßenarbeiterinnen lasen sich ein Stück trockenes Brot, welches wir für die herrenlosen Hunde hinausgeworfen hatten, aus dem Schnee und verschlangen es mit Heißhunger ...“

„Die elternlosen Kinder führten wahre Kämpfe mit den Hunden um Knochen und Abfälle in den Müllkästen ...“

„Zu den schönen neuen, gut eingerichteten Kinos und Theatern hat man neuerdings die Eintrittspreise so erhöht, daß der Arbeiter es sich nicht mehr leisten kann, sich hineinzusetzen. Die neue Oberschicht will sich nicht neben den schmutzigen und abgerissenen Sowjetarbeiter setzen, um keine Wanzen oder Läuse aufzulesen ...“

Die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals, welche alle entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft beherrschten, führten vom Beginn ihrer Herrschaft an eine aggressive Politik nach außen durch und errichteten nach innen ihre terroristische Herrschaft. Die Beseitigung der Rechte der Arbeiter in der Hescho, die ideologische Beeinflussung unter Ausnutzung aller Propagandamittel, das Verbot der Parteien und demokratischen Organisationen - all das gestattete der Hescho-Leitung eine verstärkte Ausbeutung und eine ständige Erhöhung ihrer Profite. Dieses faschistische Gewaltregime bedeutete nicht nur für die Arbeiter in der Hescho, sondern auch für die Werktätigen ganz Deutschlands neben maßloser Ausbeutung, sozialer Knechtung, totaler politischer Entrechtung und terroristischer Unterdrückung vor allem auch eine völlige Unterordnung unter die Revanchepläne des deutschen Finanzkapitals und eine ständig sich verschlechternde Lebenslage, besonders während der Jahre des zweiten Weltkrieges.



Abb. 4 Teil des Glasierraumes für gedrehte Artikel um die Jahrhundertwende

IV. Beschäftigtenentwicklung, Arbeitszeit und Löhne in der Hescho

In den Jahren von 1934 bis 1944 erhöhte sich ständig die Anzahl der Beschäftigten in der Hescho. Während 1934 in dem Betrieb 1219 Arbeiter und Angestellte tätig waren, betrug 1944 die Beschäftigtenzahl mehr als 5200. Es konnten im Verlaufe des zweiten Weltkrieges also nicht nur die zur faschistischen Wehrmacht Einberufenen ersetzt werden, sondern darüber hinaus erhöhte sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten wesentlich. Das wurde durch die vorgenommenen Dienstverpflichtungen und die Einbeziehung ausländischer Zwangsarbeiter in den Produktionsprozeß erreicht. Die folgende Darstellung zeigt die Beschäftigtenentwicklung ab 1934, mit Ausnahme der Jahre 1935, 1937 und 1938, bei denen die entsprechenden Unterlagen fehlen.

Die Beschäftigtenentwicklung in der Hescho
einschließlich der ausländischen Zwangsarbeiter

Jahr	Beschäft. insges.	davon		Anteil in v. H.	
		Deutsche	Zwangs- arbeiter	Deutsche	Zwangs- arbeiter
1934	1219	1219	—	100	—
1936	1684	1684	—	100	—
1939	3181	3181	—	100	—
1940	3322	3222	100	97,2	2,8
1941	3721	3487	234	93,8	6,2
1942	3762	3178	584	61,2	38,8

Jahr	Beschäft. insges.	davon		Anteil in v. H.	
		Deutsche	Zwangs- Arbeiter	Deutsche	Zwangs- Arbeiter
1943	4769	2919	1850	59,1	40,9
1944	5264	2915	2349	55,4	44,6
1945	4407	2233	2174	50,7	49,3

Zur Beschäftigtenentwicklung ist zu bemerken, daß nicht nur der Anteil der Zwangsarbeiter laufend anstieg, sondern auch, daß der Anteil der Frauen bei den deutschen Beschäftigten im Jahre 1944 rund 1500 betrug. Das waren mehr als die Hälfte der deutschen Beschäftigten. Dieser Umstand bedeutete für die Hescho-Leitung - infolge der niedrigen Löhne der Frauen - eine weitere Profitquelle.

Von den deutschen Arbeitern und Angestellten wurden allein bis zum Juni 1944 insgesamt 805 zur faschistischen Wehrmacht einberufen. Bis zum Kriegsende erhöhte sich die Anzahl der Einberufenen bis auf über 1000.

Da die Löhne in der Hescho im wesentlichen gleich blieben, ergab allein schon die Tatsache, daß die Beschäftigtenanzahl von 1934 bis 1944 auf mehr als das Vierfache anstieg, die Summe des Mehrwertes ebenfalls auf ein Mehrfaches ansteigen konnte.

Ein weiterer Faktor für die Erhöhung der Hescho-Profite war die Liquidierung des Achtsturentages während der Zeit des Hitlerfaschismus. In einer Weisung vom Juni 1941 wurde die „gesetzliche“ Arbeitszeit für die Hescho bekanntgegeben. Danach gab es folgende Festlegung:

Jugendliche über 16 Jahre und weibliche Beschäftigte mußten wöchentlich 56 Stunden arbeiten. Für Frauen konnte die wöchentliche Arbeitszeit auf Antrag beim Vertrauensrat auf 60 Stunden festgelegt werden.

Männliche Beschäftigte mußten in der Woche 60 Stunden und auf Antrag 66 Stunden arbeiten.

Da in der kapitalistischen Gesellschaft die Ausbeutung der Lohnarbeiter eine entscheidende Grundlage ihrer Existenz darstellt, ermöglichte die Beseitigung des Achtsturentages und die Verlängerung der Arbeitszeit die Erhöhung der Ausbeutung und eine Vergrößerung der Profite.

Die Beschäftigten, welche wöchentlich bis zu 48 Stunden arbeiteten, waren in erster Linie die Angestellten des Werkes und dienstverpflichtete Frauen. Eine Analyse der wöchentlichen Arbeitszeit zeigt, daß mehr als 87 v. H. aller Beschäftigten länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten mußten. Die ausländischen Zwangsarbeiter mußten täglich 12 Stunden in der Hescho arbeiten.

Neben dieser verlängerten Arbeitszeit waren außerdem die niedrigen Löhne, die steigende Arbeitsintensität sowie das große Hetztempo in der Arbeit ein günstiger Nährboden für immer höhere Profite.

Der kapitalistische Arbeitslohn ist der in Geld ausgedrückte Preis der Ware Arbeitskraft. Um die Ausbeutung zu erhöhen, war die Hescho-Leitung ständig bemüht, den Arbeitslohn möglichst niedrig zu halten.

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges betrug die monatliche Entlohnung eines Arbeiters RM 158,—, und im Jahre 1944 waren es RM 203,—. Das Anwachsen des Durchschnittslohnes war nicht das Ergebnis von Lohnerhöhungen, sondern Ausdruck der verlängerten Arbeitszeit. Das Verhältnis des Durchschnittslohnes zum Reingewinn, wie er in der Bilanz ausgewiesen wurde, hat sich in folgender Weise verändert:

Die Entwicklung des bilanzierten Reingewinns
und des Durchschnittslohnes je Beschäftigten
(1934 = 100)

Jahr	Gesamt- beschäftigte	Durchschnittslohn je Beschäftigten	Reingewinn je Beschäftigten
1934	100	100	100
1936	138	92	422
1939	261	110	943
1940	272	142	1335
1941	305	153	2286
1942	309	168	2740
1943	391	151	1513
1944	431	145	897

Zu der Tabelle muß jedoch bemerkt werden, daß der tatsächliche Reingewinn gegenüber dem Reingewinn, welcher in der Bilanz ausgewiesen wird, wesentlich höher liegt, wie später nachgewiesen wird. Der Rückgang des bilanzierten Reingewinns in den Jahren 1943 und 1944 resultierte daraus, daß umfassende Preissenkungen auch die Hescho-Erzeugnisse betrafen. Die Begründung für diese Preissenkungen seitens des faschistischen Staates lautete: „Einschränkung übermäßiger Kriegsprofite.“ Jedoch ist eher anzunehmen, daß infolge hoher Rüstungs- und Kriegskosten dem Staat einige Zahlungsschwierigkeiten entstanden waren. Indem also die Rüstungserzeugnisse verbilligt wurden, sollten die Zahlungsschwierigkeiten offensichtlich vermindert werden.

Wenn aus der Tabelle die Jahre 1943 und 1944 ausgeklammert werden, so stieg von 1934 bis 1942 die Beschäftigtenanzahl auf das 3,9fache, der Durchschnittsverdienst pro Beschäftigten auf das 1,7fache und der bilanzierte Reingewinn auf das 27,4fache an.

Das äußerst niedrige Lohnniveau der Hescho geht aus den nachstehend angeführten Zahlen hervor. Gegen Ende des zweiten Weltkrieges wurden folgende Löhne gezahlt:

1. Für Männer über 24 Jahre, bei ungelernten Arbeitern RM 0,55 je Arbeitsstunde. Bei Facharbeitern betrug der Stundenverdienst im Zeitlohn RM 0,71;
2. für Männer über 24 Jahre betrug bei ungelernten Arbeitern, welche im Akkordlohn tätig waren, der durchschnittliche Stundenverdienst RM 1,18 und bei Facharbeitern RM 1,52;
3. ungelernte Arbeiterinnen, die im Akkordlohn tätig waren, erhielten im Durchschnitt je Stunde RM 0,56.

Überhaupt war die Frauenarbeit für die Hescho ein äußerst einträgliches Geschäft. So erhielten beispielsweise die Frauen, welche in der Strang-spritzerei tätig waren, einen Stundenlohn in Höhe von RM 0,28 bis 0,40. In den verschiedenen Abteilungen der Hescho gab es natürlich Unterschiede in der Entlohnung. Zur Illustration hierzu einige Beispiele, welche die Lohnsituation kennzeichnen:

Ein Werkzeugmacher, an der Spitze stehend, erhielt je Stunde	RM 0,88
ein Transportarbeiter erhielt im Akkordlohn durchschnittlich je Stunde	„ 0,75
ein Ofenarbeiter erhielt mit allen Zuschlägen je Stunde	„ 1,02
ein Heimarbeiter konnte je Stunde auf kommen,	„ 0,35
und ein Transportingenieur erhielt monatlich	„ 325,—

In der Hauptsache waren die Arbeiter der Hescho im Akkordlohn tätig. Diese Grundform des kapitalistischen Arbeitslohnes stand deshalb im Vordergrund, weil sie für die Kapitalisten eine ganze Reihe von Vorteilen brachte. In der Hauptsache erhöhte sich durch den Akkordlohn die Ausbeutung und damit im Zusammenhang der von den Arbeitern in der Produktion erzeugte Mehrwert.

Die Vorteile des Akkordlohnes waren im wesentlichen für die Kapitalisten folgende:

1. Die Arbeiter erhielten für die gefertigten Erzeugnisse nur dann ihren Lohn, wenn diese eine gute Qualität aufwiesen. Die Arbeiter werden praktisch dazu gezwungen, die Qualität ihrer Arbeit selbst zu kontrollieren;
2. durch die Anwendung des Akkordlohnes ist es der Bourgeoisie möglich, das Aufsichtspersonal zu verringern und somit Lohnkosten einzusparen;
3. durch den Akkordlohn wird die Arbeitsintensität wesentlich erhöht. Die Erhöhung der Akkordrichtsätze treibt die Arbeiter zu immer größeren Arbeitsleistungen. Jedoch können die höheren Löhne gegenüber dem Zeitlohn den Verschleiß der Arbeitskraft nicht kompensieren;
4. der Akkordlohn gestattete auch eine umfassende Anwendung der Heimarbeit. Dadurch wurden beispielsweise zusätzliche Kosten für die Einrichtung weiterer Arbeitsplätze, für Heizung, Beleuchtung usw. eingespart.

Für die Arbeiter bedeutete der Akkordlohn neben der Erhöhung der Ausbeutung eine Verschärfung des Arbeitstempos, und im Zusammenhang mit dem ständig steigenden Hertztempo während der Arbeit kam es zu mehr und mehr Arbeitsunfällen. Die Akkordarbeit und der lange Arbeitstag

zwangen die Arbeiter nicht nur zu überhöhten Leistungen, sondern auch dazu, die Gefahren am Arbeitsplatz nicht genügend zu beachten. Der Hescho-Leitung ging es nur um hohe Profite. Mit welcher Brutalität und Menschenverachtung die Werkleitung gegenüber den Verunglückten handelte, soll an zwei Beispielen gezeigt werden, welche nicht die Ausnahme, sondern die Regel darstellen:

Einer erst 17jährigen Arbeiterin, welche als Abnehmerin in der Zieherei tätig war, wurden während der Arbeitszeit vier Finger der rechten Hand abgequetscht. Die Quetschungen waren so schwer, daß nur noch die Grundgelenke erhalten werden konnten. Der ortsübliche Verdienst für die Tätigkeit in der Zieherei betrug pro Tag für Frauen RM 2,10. Die junge Arbeiterin war 12 Wochen arbeitsunfähig geschrieben und erhielt während dieser Zeit ein Krankengeld von RM 1,36 pro Tag. Nach Ablauf der zwölf Wochen wurde die Arbeiterin voll arbeitsunfähig geschrieben. Ihr Antrag auf eine Unfallrente wurde von der Werkleitung abgelehnt; so geschehen am Ende des Jahres 1939.

Ein Arbeiter zog sich während seiner Tätigkeit Augen- und Kopfverletzungen zu, welche so groß waren, daß er invalidisiert werden mußte. Seine Invalidenrente betrug monatlich RM 28,60, täglich also weniger als eine Mark.

So sah also die Praxis aus. Die vollkommene Entrechtung der Arbeiter in der Hescho, die politische Verdummung durch die gesamte faschistische Propaganda, die unzureichenden sozialen Verhältnisse und der Terror gegenüber den Werkträgern machten sie zu Arbeitssklaven für den Faschismus, deren Aufgabe darin bestand, für die Kapitalisten hohe Profite zu schaffen. Von der faschistischen Losung „Ehret die Arbeit, achtet den Arbeiter“ blieben letzten Endes nur die leeren Worte übrig.

V. Die Beschäftigung ausländischer Zwangsarbeiter, eine Quelle hoher Profite für die Hescho

Während des zweiten Weltkrieges machte sich - infolge der Einberufungen zur faschistischen Wehrmacht - ein ständig größer werdender Arbeitskräftemangel in Deutschland bemerkbar. Neben den sogenannten Dienstverpflichtungen war die Verschleppung ausländischer Arbeiter nach Deutschland für den faschistischen Staat die Möglichkeit, weitere Arbeitskräfte in die Produktion, vor allem in die Rüstungsindustrie, einzubeziehen. Die Zahl der ausländischen Zwangsarbeiter belief sich im September 1944 auf rund 7,5 Millionen.



Abb. 5 Wer das Innere dieser Baracken kennenlernte, weiß, daß das Schild mit dem sauberen Wort „Wohnheim“ ein Ausdruck des Hohnes und der Entwürdigung für diese von den „Herrenmenschen“ verschleppten Zwangsarbeiter war

Die Faschisten erklärten ganz offen:

„Der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands seit der Machtübernahme und die Wiederaufrüstung der deutschen Wehrmacht verursachten einen außerordentlichen Bedarf an Arbeitskräften, der sich durch die durch den Krieg bedingten zahlreichen Einberufungen noch verstärkte... Eine zahlenmäßig besonders ins Gewicht fallende Möglichkeit, Arbeitskräfte zur Deckung des vordringlichen Bedarfs heranzuziehen, ist der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte.“

In Deutschland begann der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte nach der sogenannten Eingliederung des Protektorats Böhmen und Mähren. Im Jahre 1940 gab es etwa 150 000 ausländische Zwangsarbeiter in Deutschland. Im April 1941 waren nach Angaben des faschistischen Reichsarbeitsministeriums „1 508 000 Zwangsarbeiter aus 18 Nationen“ in Deutschland tätig. In dieser Zahl waren nicht die Arbeitskräfte aus Polen, Eupen und Malmedy enthalten. Im September 1941 waren es „2 139 000 ausländische Arbeiter“.

Nach außen tarnten die Nazis die Zwangsarbeit als ein großes Entgegenkommen gegenüber den Ländern, in denen es „viele Arbeitslose“ gab. Ja, es ging sogar in der Nazipropaganda so weit, daß man die Tätigkeit ausländischer Arbeitskräfte als Ausdruck der Solidarität der anderen Staaten gegenüber Deutschland propagierte. Zu diesem Zweck erschien eine Reihe von Büchern, welche oft mit vielen Fotos versehen waren und das Leben der ausländischen Arbeitskräfte in den schönsten Farben malten. In einem solchen Bildband befinden sich mehr als 150 Fotos mit entsprechenden Texten, von denen einige hier aufgeführt werden sollen:

- „Selbst barfuß traten sie die Reise an, um für Deutschland zu arbeiten“;
- „Franzosen helfen beim Flugzeugbau“;
- „Jede Nation soll nach Möglichkeit ihre heimische Küche pflegen“;
- „Vorbereitung zum Ausgang“;
- „Friseurstube für fremdvölkische Arbeiterinnen“;
- „So sauber wohnen Ostarbeiterinnen in Deutschland“
- usw.

Daß solche Bilder grobe Fälschungen waren, wurde ja hinlänglich durch die Praxis bewiesen. Es ging für die Faschisten um zweierlei Dinge. Einmal der deutschen Bevölkerung gegenüber die wahre Lage der Zwangsarbeiter zu vertuschen, zum anderen auch gegenüber dem Ausland den Schein von Humanität und Gerechtigkeit zu wahren.

Mit „deutscher Gründlichkeit“ wurde die staatlich organisierte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte betrieben. Zu diesem Zweck wurde eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und Weisungen erlassen, welche, formell gesehen, ebenfalls ein völlig falsches Bild der Zwangsarbeit entstehen ließen. Allein in den drei Sammelbänden „Der ausländische Arbeiter in Deutschland“ sind auf rund 1000 Seiten Gesetze, Verordnungen und Weisungen aufgeführt, welche vom Prinzip der „Freiwilligkeit“ bis zum „Eisernen Sparen“ für ausländische Arbeitnehmer reichten.

Die Hescho - als einer der „kriegswichtigen“ Betriebe - profitierte ebenfalls vom Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter. Von Anfang 1940 bis zum April 1945 wurden in der Hescho insgesamt 3588 Zwangsarbeiter aus 15 verschiedenen Nationen beschäftigt. Allein aus der Sowjetunion waren es in diesem Zeitraum 1823 Bürger, welche unter völlig unzureichenden Lebens- und Arbeitsbedingungen gezwungen wurden, für die Hescho zu arbeiten.

Die Durcharbeitung der noch vorhandenen „Fremdarbeiterkartei“ ergab hinsichtlich des Anteils der verschiedenen Nationen folgendes Bild:



Abb. 6 So, kaum mit dem Nötigsten versehen, wurden sie aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion, Polens und aus anderen Ländern „an-transportiert“, um als rechtlose, billige Fremdarbeiter den Heshoherren die hohen Gewinne zu erarbeiten

Gesamtzusammenstellung der beschäftigten Zwangsarbeiter
(1940 bis April 1945)

Lfd. Nr.	Land	Gesamt- anzahl	Anteil in v.H.	v. Gestapo verhaftet	nachweisl. an Tbc verst.
1	Sowjetunion	1823	50,8	88	123
2	Frankreich	572	15,9	10	nicht feststellb.
3	Polen	491	13,7	5	52
4	Belgien	314	8,8	5	nicht feststellb.
5	Kroatien	186	5,2	—	—
6	Italien	115	3,2	—	—
7	Rumänien	1	—	—	—
8	Ungarn	5	—	—	—
9	Bulgarien	1	—	—	—
10	Tschechoslowakei	6	2,4	—	—
11	Österreich	2	—	—	—
12	Holland	22	—	—	—
13	Protektorat	25	—	—	—
14	Spanien	2	—	—	—
15	Luxemburg	10	—	—	—
16	Staatenlos	13	—	—	—
Gesamt:		3588	100	108	175

Die Namen von 108 Zwangsarbeitern, welche von der Gestapo verhaftet wurden, tauchten nicht wieder in der „Fremdarbeiterkartei“ auf, und es ist anzunehmen, daß es nur wenigen gelungen ist, mit dem Leben davonzukommen. Bisher sind nur wenige Beispiele bekannt geworden, daß ausländische Arbeitskräfte der Hölle des Konzentrationslagers entrinnen konnten. Zu ihnen gehörte zum Beispiel der heutige Obermeister Nikolai Schlachin aus der Lugansker Lokomotivenfabrik in der Ukraine. Er wurde im Frühjahr 1943 zusammen mit weiteren 23 Sowjetbürgern und 8 deutschen Arbeitern verhaftet und nach Buchenwald verschleppt. Jetzt, nach 22 Jahren, hat er seinen deutschen Freund und Kampfgefährten, Kurt Voigt, welcher sich damals ebenfalls unter den Verhafteten befand, besucht.



Abb. 7 Herzlich begrüßt wurde in unserem Werk der ehemalige sowjetische Zwangsarbeiter Nikolai Schlachin von unserem Werkdirektor Genossen Helmut Kraft und dem 1. Sekretär der Betriebs-Parteiorganisation, Genossen Eduard Siebeneiger

Die im Frühjahr 1943 verhafteten Sowjetbürger waren Angehörige der Widerstandsgruppe „Der Rächer“. Sie hatten die Sprengung der Kraftzentrale in der Hescho vorbereitet. Auf bisher ungeklärte Weise erhielt die Gestapo davon Kenntnis, und es kam zu insgesamt 31 Verhaftungen.

Der Arbeitstag der Zwangsarbeiter in der Hescho betrug 12 Stunden. Unmenschliche Arbeitshetze, schlechte Ernährung und mangelhafte ärztliche Betreuung führten zu vielen Sterbefällen, welche in ihrer Gesamtheit heute nicht mehr nachweisbar sind. In der „Fremdarbeiterkartei“ sind 29 Sterbefälle registriert, dabei handelt es sich um 20 sowjetische und 9 polnische Bürger. Mit Sicherheit liegt aber die tatsächliche Sterbeziffer höher. Das geht schon allein daraus hervor, daß 42 Sowjetbürger, welche an offener Tbc erkrankt waren, in die Krankenhäuser nach Saalfeld und Wutha überwiesen wurden, wobei in keinem Falle eine Rückkehr in die Hescho erfolgte. Hinsichtlich der ärztlichen Betreuung der Zwangsarbeiter waren die Verhältnisse äußerst schlecht. Genossin Dr. Kopp, welche zu Beginn der Aufnahme der Zwangsarbeiter in der Hescho mit der ärztlichen Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte beauftragt war, sagte dazu folgendes: In der ersten Zeit ihrer Tätigkeit bestand in bestimmtem Umfang noch die Möglichkeit, Medikamente für die Zwangsarbeiter zu verordnen und Krankenhauseinweisungen durchzusetzen. Auf Grund des schlechten Gesundheitszustandes suchten oft bis zu 100 Zwangsarbeiter täglich die Sprechstunde auf. Gründliche Untersuchungen waren schon aus dieser Tatsache heraus nicht möglich. Hinzu kommt noch, daß es weder eine Isolierstation für Infektionskrankheiten noch geeignete Pflegekräfte gab. Im „Behandlungszimmer“ existierte noch nicht einmal eine Waschmöglichkeit. Die Arbeitsunfähigen blieben völlig ohne Pflege. Die Ernährung der Zwangsarbeiter war völlig unzureichend. Genossin Dr. Kopp bestätigte auch, daß es für Kleinkinder, welche im Verlauf der Jahre in Hermsdorf geboren wurden, weder Milch noch andere Nahrungsmittel gab. Auch fehlte jegliche Betreuung der Kleinkinder während der Arbeitszeit der Mütter. Die geringen Möglichkeiten einer ärztlichen Betreuung verschlechterten sich mit der Zeit, und zu Beginn des Jahres 1942 erfolgte ein strenges Verbot, Fremdarbeiter von deutschen Ärzten behandeln zu lassen.

Kennzeichnend für die ärztliche Betreuung ist ein Schreiben des Beauftragten des Vierteljahresplanes vom März 1943, welches die Behandlung schwangerer ausländischer Arbeitskräfte betrifft. Darin wird angeordnet, daß während des Krieges keine Rückführung von schwangeren, aber sonst arbeitsfähigen Ostarbeiterinnen erfolgt.

Darin heißt es:

„Ostarbeiterinnen erhalten wie Polinnen zwei Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft eine Arbeitsbefreiung... Es ist aber zu beachten, daß Hausarbeit und Heimarbeit in der geschützten Zeit statthaft sind. Schwangere Ausländerinnen sind daher solange irgend möglich und sobald wieder möglich mit Haus- oder Heimarbeit zu beschäftigen.“

Weiterhin heißt es:

„...weil Polinnen und Ostarbeiterinnen im allgemeinen leicht niederkommen, sind geeignete Ostarbeiterinnen, die selbst Kinder gehabt haben, als Hebammen einzusetzen.“

Am Ende dieses Schreibens wird darauf verwiesen, daß keine Betreuung der Kleinstkinder durch deutsche Einrichtungen zu erfolgen hat. Für die untragbaren Zustände bezüglich der ärztlichen Betreuung ein weiteres Schreiben, welches an den Hauptlagerführer Rödel gerichtet ist. Es geht um die Tbc-Kranken im Arbeitslager der Hescho.

„Wir - so heißt es in dem Schreiben - haben heute schon wieder 9 Ostarbeiter mit offener Tbc, von denen ein großer Teil schon monatelang hier liegt und uns nicht in Seuchenbaracken abgenommen wird. Der Zustand ist auf die Dauer untragbar, weil wir diese Tbc-Kranken nicht isoliert in einer Seuchenbaracke, nicht einmal in einem besonderen Zimmer unterbringen können. Zwei Ostarbeiter sollen schon wieder so weit sein, daß sie in Kürze sterben werden...“

So sah das wahre Gesicht des Faschismus aus. Das war also die „vorbildliche“ ärztliche Betreuung, wie sie in der Praxis aussah.

Die ersten Zwangsarbeiter nahmen im Jahre 1940 ihre Arbeit in der Hescho auf. Es waren 100 bessarabische Arbeiter, welche „aus politischen Gründen“ in einem Barackenlager untergebracht wurden. Mit zunehmender Kriegsdauer stieg laufend die Anzahl der Zwangsarbeiter.

Die Anwerbung von Zwangsarbeitern wurde mit den vielfältigsten Methoden betrieben. Im Vordergrund stand die rücksichtslose brutale Verschleppung von ausländischen Arbeitskräften nach Deutschland. Familien wurden auseinandergerissen, Mütter wurden von ihren Kindern getrennt, wobei die Rückkehr der Verschleppten völlig ungewiß war. In vielen Fällen war die Zwangsarbeit mit schweren gesundheitlichen Schäden verbunden.

Neben der brutalen Gewaltanwendung mußten die Faschisten auch zu gemeinen Lügen greifen, um den ausländischen Arbeitskräften die Tätigkeit in Deutschland recht schmackhaft zu machen. So befindet sich beispielsweise in dem Archivmaterial ein Aufruf der deutschen Wehrmacht, welcher an die ukrainischen Männer und Frauen gerichtet ist.

„Ukrainische Männer und Frauen“,

vom 13. Januar 1942

Die bolschewistischen Kommissare haben eure Fabriken und Arbeitsstätten zerstört und euch dadurch um Lohn und Brot gebracht. Das Deutsche Reich will euch Gelegenheit geben zu nutzbringender und lohnender Arbeit. Am 28. Januar 1942 fährt der erste Transportzug nach

Deutschland. Während des Transportes erhaltet ihr gute Verpflegung, außerdem in Kiew, Sdolbunow und Przemyschl warmes Essen, in Deutschland werdet ihr gut gepflegt und findet gute Unterkünfte. Auch die Entlohnung wird gut sein. Ihr werdet nach Tarif und Leistung bezahlt.

Für eure Familien wird gesorgt, solange ihr in Deutschland arbeitet. Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe - vorwiegend Metallarbeiter -, die im Alter von 17-50 Jahren stehen und freiwillig mit nach Deutschland wollen, melden sich beim Arbeitsamt Kiew täglich von 8-15 Uhr.

Es wird erwartet, daß Ukrainer sich umgehend für die Arbeitsaufnahme in Deutschland melden.

Der Generalkommissar
gez. J. Quitzrau
SA-Brigadeführer



Abb. 9 Diese Küche bringt es an den Tag. So waren die wirklichen Lebensbedingungen für die entrechteten Bürger anderer Völker. In diesem finsternen Loch, bar aller Voraussetzungen für Hygiene, mit den primitivsten Geräten, mußten die Frauen das wenig nahrhafte und niemals ausreichende Essen für ihre Kolleginnen und Kollegen bereiten

Hier überwogen noch die Versprechungen. Die Faschisten versprachen gute Verpflegung, Unterkunft und Entlohnung. Sie versprachen auch, für die zurückgebliebenen Familienangehörigen zu sorgen. Aber der Schlußsatz in dem Aufruf zeigt, daß die Faschisten keineswegs auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten gedachten.

Der größte Anteil der Zwangsarbeiter befand sich im Alter zwischen 16 und 40 Jahren. Zum Teil wurden aber auch in der Hescho Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren beschäftigt. Anfang Mai 1944 waren 43 ausländische Arbeitskräfte noch nicht 16 Jahre alt. Das jüngste Kind, ein polnischer Junge, war 8 Jahre alt. Er arbeitete als Armaturenabkratzer. Ebenfalls war seine 12jährige Schwester und seine Mutter in der Hescho tätig.

Die altersmäßige Zusammensetzung der Zwangsarbeiter zeigte, daß in den Altersgruppen von 16–40 Jahren rund 90 v.H. aller beschäftigten Zwangsarbeiter enthalten waren. Das Durchschnittsalter der etwa 500 polnischen Bürger betrug 36 Jahre. Den Faschisten ging es natürlich in der Hauptsache um jüngere Arbeitskräfte, deren Leistungsfähigkeit verhältnismäßig hoch war. Aber sie machten auch nicht Halt vor Kindern unter 14 Jahren und Menschen, die das 65. Lebensjahr schon überschritten hatten.

Der Arbeitslohn der Zwangsarbeiter bewegte sich weit unter dem Niveau der deutschen Arbeiter und lag wesentlich unter dem Existenzminimum. Die „lohnrechtliche Behandlung der Zwangsarbeiter“ ging u. a. aus einem Erlaß vom 20. Januar 1942 hervor. Darin waren folgende Richtlinien enthalten: Die Zwangsarbeiter wurden in zwei Altersgruppen geteilt, in Jugendliche von 18 bis 20 Jahren und in Beschäftigte über 20 Jahre. Die Jugendlichen erhielten für eine Arbeitsstunde 28,5 Pfennige. Bei einer Arbeitszeit von 48 Stunden wöchentlich ergab das einen Betrag von RM 13,68. Davon gingen folgende Abzüge ab:

für Lohnsteuer	RM 1,40
für Sozialversicherung	RM 1,45
für Wohnung und Verpflegung	RM 10,50
	<u>RM 13,35</u>

Somit verblieben für die wöchentliche Barauszahlung ganze 33 Pfennige. Ausländische Arbeitskräfte über 20 Jahre erhielten bei Akkordarbeit einen durchschnittlichen Lohn von RM 0,50 je Stunde. Bei einer 48stündigen Arbeitswoche ergab das einen Betrag von RM 24,—. Nach Abzug der Lohnsteuer, der Sozialversicherung und der Wohnungs- und Verpflegungskosten verblieben für die wöchentliche Barauszahlung RM 1,10. Auch wenn man eine längere Arbeitszeit pro Woche zugrunde legen würde, erhöht sich die Barauszahlung infolge höherer Abzüge nicht wesentlich.

Wie ein Hohn wirkt die Erklärung, welche die ausländischen Arbeitskräfte in der „Anwerbebestätigung“ unterschreiben mußten. Diese Erklärung lautete:

„Ich verpflichte mich ferner, meinen vorstehend benannten Angehörigen einen angemessenen Teil meines Lohnes für den Lebensunterhalt zu überweisen.“

Übrigens wurden in dem „Sonderdruck aus dem Reichsarbeitsblatt“ für die einzelnen Länder die Überweisungssätze angegeben. Demnach konnte ein verheirateter französischer Arbeiter monatlich RM 160,— nach Hause schicken. Die italienischen Arbeiter besaßen gegenüber den französischen Arbeitern sogar noch den „Vorzug“, ihren Verdienst bis zur vollen Höhe nach Hause schicken zu dürfen. Dabei handelte es sich um Beträge, welche über der Grenze von RM 250,— monatlich lagen.



Abb. 10 Sieht dieses Gesicht nicht aus, als hätte es niemals gelacht? Wer weiß es heute noch, was diese Frau vor mehr als 20 Jahren bewegte, als sie, Hunderte Kilometer von der Heimat, von den Angehörigen entfernt, hier in der ehemaligen Hescho für fremde feindliche Herren eine kräfteverzehrende Arbeit verrichten mußte. Wohl war der Vormarsch der deutschen Wehrmacht zum Stehen gekommen, wohl war mit Stalin-grad eine Wende in diesem ungerechten Krieg eingetreten, aber wie lange die Knechtschaft noch dauern würde, das wußte damals noch niemand

Im Mittelpunkt der Ausbeutung der ausländischen Arbeitskräfte stand, genau wie bei den deutschen Arbeitern, das Streben der Hescho-Leitung nach Profiten.

Nur war dieses Streben bei den Zwangsarbeitern wesentlich profitabler. Bei einem deutschen Arbeiter betrug der durchschnittliche Akkordverdienst je Arbeitsstunde RM 1,18. Ausländischen Arbeitern zahlte man dagegen nur RM 0,50. In beiden Fällen handelte es sich um ungelernte Arbeiter. Bei einem angenommenen Arbeitstag von nur 10 Stunden entsprach das einer täglichen Lohneinsparung von RM 6,80 je ausländischen Arbeiter. Bei 2349 Zwangsarbeitern, welche 1944 in der Hescho arbeiteten, entsprach das einer täglichen Lohneinsparung von rund RM 16 000,—. Das machte in einem Jahr, gerechnet mit 300 Arbeitstagen, die runde Summe von RM 4,8 Millionen aus, welche an Lohnkosten bei den ausländischen Zwangsarbeitern eingespart werden konnten. Hinzu kommt aber noch, daß die Frauen unter den ausländischen Zwangsarbeitern wesentlich schlechter als die Männer bezahlt wurden. Die Gesamtsummen erhöhten sich dadurch noch weiter. Im Mittelpunkt der Zwangsarbeit stand der Profit. Nicht nur eingesparte Lohnkosten der Hescho trugen dazu bei, sondern auch vor allem der geschaffene Mehrwert, den die Zwangsarbeiter erzeugten. So war die gesamte Tätigkeit der ausländischen Arbeitskräfte in der Hescho ein entscheidender Faktor für die Hescho-Leitung, ungeheuer große und ständig ansteigende Reingewinne zu machen.

Im Jahre 1943 gab der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, einige „bedeutsame Neuerungen“ für die in Deutschland eingesetzten Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter heraus. Nach der Methode von Zuckerbrot und Peitsche sollten die Zwangsarbeiter zu noch höheren Arbeitsleistungen angespornt werden. Zu diesem Zweck wurden ihnen in dieser Anordnung die verlogenensten Versprechungen gemacht. Diese Anordnung wurde auch in der Presse groß herausgebracht, um der deutschen Bevölkerung eine korrekte Behandlung der Zwangsarbeiter vorzutäuschen sowie die weitere Anwerbung von Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion zu erleichtern. Im wesentlichen bestanden die sogenannten Neuerungen in:

1. der Begrenzung der Beschäftigungsdauer auf zwei Jahre,
2. Urlaubsvergünstigungen und
3. der Zahlung von laufenden Prämien bei guter Arbeitsleistung.

Alle sogenannten Vergünstigungen waren bei näherem Betrachten nur leere Versprechungen. Zwar wurde die Beschäftigungsdauer formell auf zwei Jahre begrenzt, sie konnte aber, wenn es die Notwendigkeit erforderte, verlängert werden. Wer sich durch gute Arbeit und Treue bewährt hatte, konnte Urlaub erhalten. Es konnten für gute Arbeit laufende Prämien in Höhe von 20 bis 50 v. H. der Barauszahlung gezahlt

werden. Auch wenn also ein Zwangsarbeiter eine solche Prämie erhielt, waren es letzten Endes nur Pfennige.

Entgegen der faschistischen Propaganda waren die Zwangsarbeiter in der Hescho nichts weiter als Arbeitssklaven. Sie waren der schlimmsten Ausbeutung ausgesetzt und völlig rechtlos. Willkür, Terror und Hunger waren ihre ständigen Begleiter, und so stellt die vom Faschismus organisierte und durchgeführte Zwangsarbeit ein grauenhaftes Kapitel der faschistischen Herrschaft dar. Und trotzdem gab es eine Reihe von Beispielen, wo Zwangsarbeiter den Kampf gegen den Faschismus und gegen den Krieg aufnahmen und versuchten, die Rüstungsproduktion in der Hescho zu behindern, um somit letzten Endes mitzuhelfen, den Krieg und die Existenz des Hitlerfaschismus in Deutschland zu verkürzen. Das größte Beispiel für den antifaschistischen Widerstandskampf gaben vor allem die Sowjetbürger, welche in der Hescho arbeiteten. Am bekanntesten wurde die illegale Komsomolzenorganisation „Der Rächer“, über deren Tätigkeit in der Betriebszeitung vom 15. Juni 1965 ausführlich berichtet wurde. Darin heißt es:

Es war ein Märztag 1943. Auf der ehemaligen Adolf-Hitler-Straße Hermsdorfs preschten gegen Mittag drei geschlossene Lastwagen heran, die unweit des Hescho-Tores anhielten. Von den LKW sprangen Soldaten herunter. Innerhalb einiger Minuten waren alle Gebäude umzingelt. Den Arbeitern wurde befohlen, sich nicht von ihren Arbeitsplätzen zu entfernen.

Der Chef des Sicherheitsdienstes des Betriebes, der rotwangige Fettwanst Dorff, trippelte mit seinen kurzen Beinen neben dem langen Gestapo-Offizier her. Sie gingen zum Gebäude der Kraftzentrale und hielten bei einer Metalluke an. Soldaten hoben den Deckel an. Aus der Luke schlugen ihnen Dampfwolken entgegen. Der Offizier befahl den Einstieg in die rauchende Öffnung. Aber niemand war dazu bereit, wütend schrie der Offizier die Soldaten an. Darauf band sich ein Gestapo-Mann eine Leine um und kroch vorsichtig in die Öffnung.

Einige Minuten war nichts zu hören und zu sehen. Die Soldaten, der Offizier sowie der dicke Dorff standen alle schweigend, den Kopf zwischen die Schultern gezogen, und schauten mit Furcht auf das dampfende Loch. Endlich erschien der Gestapomann wieder. In den Händen hielt er eine schwarze Holzkiste.

Seit einigen Tagen schon war im Betrieb ein Gerücht herumgegangen: Eine illegale Organisation bereitet die Sprengung der Kraftzentrale vor. In der Tat. Die Sprengung war für den Sonntag geplant worden, da an diesem Tag wenig Menschen im Betrieb waren. Aber die Verwaltung hatte unerwartet diesen Tag zum Tag der Fronthilfe erklärt, und alle Werk tätigen mußten eine sogenannte Panzerschicht fahren. Die Sprengung mußte verlegt werden. Auf irgendeine Weise hatte die Gestapo davon etwas zu hören bekommen und begann nun mit einer großange-

legten Verhaftungsaktion. Acht Deutsche und 24 sogenannte Ostarbeiter wurden verschleppt. Das können wir im Archiv des Ministeriums des Innern in Berlin nachlesen.

„Der Rächer“

Im Elektroisolatorenwerk Hermsdorf wurden Teile für die Elektroausrüstungen von Flugzeugen, U-Booten und Radarstationen hergestellt. Auf persönliche Anweisung Hitlers wurde dem Betrieb die Bezeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ verliehen. Der Konzern wuchs, und die Besitzer bereicherten sich dementsprechend. Eines nur verdunkelte die Stimmung der Hescho-Konzernherren, der Krieg forderte Soldaten. Jeden Monat wurden Hunderte Arbeiter in die faschistische Armee eingezogen. Ersatz gab es dafür keinen. Auf Bitten der Konzernführung gab Hitler seiner schwarzen Garde den Befehl, Arbeitskräfte aus den okkupierten Ländern zu beschaffen.

Im Herbst 1942 brachte man nach Hermsdorf 1200 Menschen aus der Sowjetunion. Der größte Teil von ihnen waren 15- bis 16jährige Jugendliche, die einfach auf der Straße aufgegriffen worden waren. Alle wurden im sogenannten Ostlager untergebracht. Hier gab es keine Gaskammern wie in Buchenwald – hier tötete man mit Hunger und Krankheiten, mit Schlägen und einem erschöpfenden 12-Stunden-Arbeitstag.

Die vierte Baracke im Ostlager nannte sich „Lazarett“, obwohl dort nichts war, was an eine medizinische Einrichtung erinnerte; dafür konnte aber jeder, der ins „Lazarett“ kam, kameradschaftliche Hilfe und Unterstützung finden, einen guten Rat bekommen und, was die Hauptsache war, das Neueste von der Lage an der Front erfahren. In dieser vierten Baracke lebten die Jungen aus Woroschilowgrad. Einige kannten sich schon von früher, andere lernten sich erst jetzt im Lager kennen. Sie hielten zusammen, fürchteten sich keineswegs vor der Lagerwache und führten sich überhaupt recht unabhängig auf.

Innerhalb des „Lazarettes“ galt ein ungeschriebenes Gesetz: Jeder, der eine Kartoffel, einen Krautkopf oder ein Stück Brot aufgetrieben hatte, war verpflichtet, dieses an den allgemeinen Fonds abzuliefern. Das wurde dann an die Kinder und Kranken verteilt. Niemand nannte die vierte Baracke den Stab der Lagerjugend, aber in Wirklichkeit war sie es. Hier, direkt vor der Nase der deutschen Aufseher, wirkte die illegale Komsomolzenorganisation „Der Rächer“.

Solidarität gegen den Krieg

„Man nannte ihn Stephan, sein Familienname war Batkow“, erzählte Richard Bergner. „Es war ein schwächlicher und hagerer 16jähriger blonder Junge. Ich arbeitete als Dreher, und ihn hatte man mir als Gehilfen geschickt. Einmal entfernte ich mich einen Moment von der Drehbank, und als ich zurückkehrte, sah ich, daß diese nicht arbeitete. Ich hob den Deckel hoch. Zwischen den Zahnrädern steckte ein Metallspan. Als ich mich zu Stephan umdrehte, sah er mich mit einem haß-

erfüllten Blick an und vermutete, daß ich ihn jetzt dem Meister melden würde. Ich jedoch winkte ihn näher, bekannte mich zu seiner Tat und zeigte ihm, wie leicht der einzelne Metallspan aus den Zahnrädern zu entfernen sei. Unbemerkt nahmen wir aus der Abfallkiste eine ganze Handvoll Metallspäne und warfen diese in die Kugellager und den Motor. Nachdem ich die Maschine wieder in Betrieb gesetzt hatte, gab es ein knirschendes Geräusch, und nun stand die Drehbank wirklich für längere Zeit. Die leicht erhobene geballte Faust Stephans war mir der schönste Dank.

Ich befreundete mich mit ihm. Er war oft bei mir in der Wohnung. Ich besorgte mir ein deutsch-russisches Wörterbuch, und wir konnten uns ausreichend verständigen. Im übrigen, als uns die Gestapo verhaftete, war dieses Wörterbuch für sie der einzige Beweis meiner Verbindung zu den russischen Arbeitern. Kurz vor unserer Verhaftung kam einmal Stephan freudestrahlend zu uns in die Werkstatt. Auf meine Frage, worüber er sich freue, antwortete er: „Ich wurde heute in den Komsomol aufgenommen!“ Anlässlich dieses Ereignisses brachte Stephan mit meiner Unterstützung am gleichen Tage zwei Maschinen in unserer Werkstatt zum Stillstand.

Ein Rundfunkempfänger ist keine Nadel, die man ohne weiteres verstecken kann. Aber die jungen Zwangsarbeiter aus der vierten Baracke wollten die Sendungen des Moskauer Rundfunks hören. Einer der Kriegsgefangenen, man nannte ihn „Onkel Sascha“, der über alle Dinge im Bilde war, riet den Woroschilowgrader Jungens, Rundfunk in den Wohnungen deutscher Arbeiter zu hören.

Und bald erzählte Nikolai Schljachin den Mitgefangenen, daß er bei Kurt Voigt den Moskauer Sender gehört habe. „Kurt, hast du keine Angst, daß man dich verhaftet?“ fragte eines Tages Nikolai den deutschen Antifaschisten; „es ist euch doch strengstens verboten, mit Russen in Verbindung zu treten?“ Kurt antwortete ihm: „Ich bin Kommunist und du Komsomolze.“

Die Tätigkeit der Zwangsarbeiter brachte für die Hescho:

1. Die Erzielung hoher Extraprofite in Höhe von mehreren Millionen Mark durch Einsparung von Lohnkosten.
2. Die Sicherung einer ständig steigenden Beschäftigtenzahl trotz der umfangreichen Einberufungen deutscher Arbeiter zur faschistischen Wehrmacht und
3. einen sprunghaften Anstieg des Reingewinns als Ergebnis der Ausbeutung der Zwangsarbeiter.

Außerdem sparte der faschistische Staat alle Kosten ein, welche für die Schul- und Berufsausbildung der deutschen Beschäftigten ausgegeben werden mußten. Das war eine nicht unbeträchtliche Summe, wenn man bedenkt, daß die Gesamtzahl der Zwangsarbeiter bis September 1944 „7,5 Millionen“ betrug.

VI. Die Profitentwicklung in der Hescho

In krassem Gegensatz zu dem niedrigen Lohnniveau der deutschen und vor allem der ausländischen Arbeitskräfte standen nicht nur die hohen Gehälter der führenden Leute der Hescho, sondern auch die hohen Aufsichtsratsvergütungen. Der Aufsichtsrat der Hescho bestand aus 9 Personen. Im Jahre 1940 erhielten die Mitglieder des Aufsichtsrates folgende feste Vergütungen und Gewinnanteile:

Lfd. Nr.	Name	feste Vergütung Gewinnanteil	
		RM	RM
1.	Hans Rummel, Vorsitzender	4 000,—	15 947,—
2.	Dr. O. Benz, Stellv.	3 000,—	11 961,—
3.	Eugen Bode, Berlin	2 000,—	7 973,50
4.	Felix Bassermann, Leipzig	2 000,—	7 973,50
5.	Otto Burckhardt, Essen	2 000,—	7 973,50
6.	Dr. Walter Neumann, Königsbrück	2 000,—	7 973,50
7.	Dr. Gerhard Sachau, Leipzig	2 000,—	7 973,50
8.	Franz Urbig, Berlin	3 000,—	7 973,50
9.	Oskar Ginsel, Eisfeld	2 000,—	7 973,50
Zusammen:		21 000,—	83 722,50

Insgesamt entspricht das einer Summe von RM 104 722,50. Für diese Summe mußten 9 Arbeiter bei einem Jahresverdienst von RM 2400,— mehr als 5 Jahre schwer arbeiten.

Während die festen Vergütungen des Aufsichtsrates in den folgenden Jahren in gleicher Höhe gezahlt wurden, erhöhte sich der Gewinnanteil wesentlich.

Aber neben der „Vergütung“ für den Aufsichtsrat zahlte die Hescho außerdem im Jahre 1940 insgesamt RM 681 330,— an Dividenden und Tantiemen. Dieser Betrag entsprach einem angenommenen Jahresverdienst von RM 2400,— für rund 240 Arbeiter. Im Hescho-Konzern besaß die Deutsche Bank die Aktienmehrheit. Sie wurde durch eine entsprechende Kreditpolitik durch Ausnutzung des Depotstimmrechtes sowie durch die verschiedensten Arten der Kapitalverflechtung erreicht und gesichert.

Im Zusammenhang mit der Profitentwicklung der Hescho soll zunächst einmal die Entwicklung der Gesamtbeschäftigten, der Gesamtumsatz sowie der Umsatz je Beschäftigten dargestellt werden.

Beschäftigten- und Umsatzentwicklung (1934 = 100)

Jahr	Gesamt- beschäftigte		Gesamt- Umsatz		Umsatz je Beschäftigt.	
	absolut	in v. H.	in Mill. RM	in v. H.	in RM	in v. H.
1934	1 219	100	4 778	100	3 920	100
1936	1 684	138	7 312	153	4 343	111

Jahr	Gesamt- beschäftigte		Gesamt- Umsatz in Mill. RM	in v. H.	Umsatz je Beschäftigt.	
	absolut	in v. H.			in RM	in v. H.
1939	3 181	281	17 303	362	5 439	139
1940	3 322	272	24 847	520	7 479	191
1941	3 721	305	32 830	687	8 823	225
1942	3 762	309	38 447	805	10 219	261
1943	4 769	391	42 495	890	8 910	227
1944	5 264	431	45 896	960	8 719	222

Die Umsatzsteigerung wurde vor allem durch die Rationalisierung des Arbeitsprozesses erzwungen. Während der Gesamtumsatz von 1939 bis 1944 auf 960 v. H. anstieg, erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten nur auf 431 v. H. Der Anteil je Beschäftigten am Umsatz stieg auf mehr als das Doppelte, auf 222 v. H. Bezüglich des Umsatzes ist jedoch zu bemerken, daß die Umsatzsteigerung keine eindeutige Aussage über die Profite der Hescho darstellt, weil zum Beispiel Preisveränderungen die Umsatzzahlen völlig unabhängig von der quantitativen Zunahme der Produktion verändern können.

Bei der Entwicklung der Kosten handelt es sich in der Hescho um eine abnehmende Kostenprogression. Auffallend sind vor allem die niedrigen Kostenanteile für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Gegensatz zu anderen Industriezweigen. Die nachweisbaren Kosten, welche in den Bilanzen veröffentlicht wurden, betrugen 1939 rund 47 v. H. des Jahresumsatzes und sanken im Jahre 1944 auf rund 39 v. H. ab. Lediglich in den Jahren 1940 und 1943 gab es einen geringen Kostenanstieg gegenüber dem Vorjahr. Bei den Sozialaufwendungen wurde nur ein Drittel vom ausgewiesenen Betrag in der Bilanz in die Tabelle aufgenommen. Das entspricht etwa der Summe, welche den Werkträgern der Hescho durch materielle Zuwendungen zugute kam. Die restlichen zwei Drittel wurden entweder durch den betrieblichen Wohnungsbau in Hermsdorf direkt vermögenswirksam, oder sie dienten der Korruption verschiedener Kategorien von Beschäftigten, flossen in die Pensionskasse oder wurden für verschiedene Spenden und Stiftungen verwendet. In jedem Falle handelte es sich dabei um eine Umverteilung des noch nicht versteuerten Profits.

Bei den Abschreibungen wurden 10 v. H. vom jeweiligen Buchwert, unter Berücksichtigung der jährlichen Zu- und Abgänge, als dem tatsächlichen Verschleiß real entsprechend angesehen.

Weiterhin muß vermerkt werden, daß die ausgewiesenen Löhne und Gehälter stark durch die Überstunden verzerrt wurden, denn mehr als 87 v. H. aller Beschäftigten mußten wöchentlich länger als 48 Stunden arbeiten.

In der Hescho wurde durch den hohen Überstundenanteil folgendes erreicht:

1. Durch die verlängerte Arbeitszeit erhöhte sich die Ausbeutung der Werktätigen beträchtlich.
2. Die verlängerte Arbeitszeit sicherte eine bessere Kapazitätsauslastung des Betriebes.
3. Die erhöhte Kapazitätsauslastung brachte für den Hescho-Konzern eine Einsparung an Investitionsmitteln für Anlageerweiterungen mit sich.

Das Wesen des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses besteht in der Erzeugung des Mehrwertes durch die Lohnarbeiter. Die niedrigen Löhne, als Preis für die Ware Arbeitskraft, die Liquidierung des 8-Stunden-Tages, die Akkordarbeit und die niedrigsten Kosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe waren die wesentlichsten Grundlagen für die hohen Profite der Hescho. Unter diesen Bedingungen verschlechterte sich die Lage der Werktätigen ständig.

Den Kapitalisten geht es immer um die Realisierung eines hohen Reingewinnes. Zur Verschleierung des tatsächlichen Reingewinns benutzen sie die Bilanzen. Die in den Jahresbilanzen ausgewiesenen Reingewinne widerspiegeln deshalb im Kapitalismus niemals den wahren Tatbestand. Auch die Hescho-Leitung bemühte sich nach Kräften, den Reingewinn in den Bilanzen niedrig zu halten, weil ja letzten Endes eine Umverteilung des noch nicht versteuerten Profits wesentliche Gewinne für den Hescho-Konzern mit sich brachten. Die Methoden zur Verschleierung des tatsächlichen Reingewinns sind in der kapitalistischen Praxis so vielfältig, daß es nahezu unmöglich ist, exakt den tatsächlichen Reingewinn nachzuweisen. Zu den hauptsächlichsten Methoden, mit denen der tatsächliche Reingewinn verschleiert wird, gehören erhöhte Abschreibungen, hohe Rückstellungen für eventuell zu erwartende Garantieverpflichtungen, sogenannte Wagnisverluste, freiwillige Sozialabgaben u. a. m.

Um also dem tatsächlichen Reingewinn näherzukommen, muß von vornherein berücksichtigt werden, welche Summen zum bilanzierten Reingewinn hinzugezählt werden müssen. Dabei kann es sich aber immer nur um die wesentlichsten Profitbestandteile handeln, welche dem bilanzierten Reingewinn zugeschlagen werden. Dadurch wird vor allem die Entwicklungstendenz des Reingewinns zu den Vorjahren sichtbar gemacht und von Bedeutung sein. Übrigens betrug der bilanzierte Reingewinn der Hescho im Jahre 1934 rund RM 124 000,—, und 1936 waren es rund 716 000,—. Die größte Höhe des bilanzierten Reingewinns wurde 1942 erreicht. In diesem Jahr wies die Bilanz einen Reingewinn von mehr als RM 10,4 Millionen aus.

Während der bilanzierte Reingewinn von 1939 bis 1944 insgesamt rund RM 38,5 Millionen betrug, belief sich der errechnete Reingewinn auf rund RM 70,2 Millionen für den obigen Zeitraum. Mit Sicherheit war

der tatsächliche Reingewinn noch höher, weil nicht alle Verschleierungen der kapitalistischen Praxis hinsichtlich der tatsächlichen Profite erfaßt werden konnten.

Das Verhältnis zwischen produktiv und nicht produktiv Beschäftigten betrug in der Hescho etwa 4:1. Das war vor allem dadurch bedingt, daß eine verhältnismäßig große Anzahl der Beschäftigten in der Forschung und Entwicklung tätig waren. Auch wenn das Verhältnis von 4:1 nicht zugrunde gelegt wird, ergibt sich etwa folgender Anteil des Reingewinns je Beschäftigten.

Zu bemerken wäre jedoch, daß der Reingewinn je Produktionsarbeiter wesentlich höher liegen würde.

Errechneter Reingewinn je Beschäftigten
(1939–1944)

Jahr	Errechneter Reingewinn in Mill. RM	Gesamt- beschäftigte	Reingewinn je Beschäftigten in RM
1939	5 817	3 181	1 829
1940	8 782	3 322	2 644
1941	12 723	3 721	3 419
1942	14 840	3 762	3 945
1943	14 617	4 769	3 065
1944	13 463	5 264	2 558
	<u>70 242</u>		

Hinsichtlich des Ausbeutungsgrades in der Hescho kann gesagt werden, daß die Mehrwertrate mindestens 150 v. H. betrug und teilweise sogar darüber lag. Der Anteil des errechneten Reingewinns im Verhältnis zum Umsatz betrug für die Jahre 1939 bis 1944 durchschnittlich etwa 34,8 v. H. In den einzelnen Jahren sah der Anteil des errechneten Reingewinns am Umsatz wie folgt aus:

Anteil des errechneten Reingewinns zum Umsatz
(1939–1944)

Jahr	Gesamt- umsatz in Mill. RM	Errechneter Reingewinn in Mill. RM	Errechneter Reingewinn in v. H. zum Umsatz
1939	17 303	5 817	33,6
1940	24 847	8 782	35,4
1941	32 830	12 723	38,7
1942	38 447	14 840	38,6
1943	42 495	14 617	34,6
1944	45 896	13 463	29,3
	<u>201 818</u>	<u>70 242</u>	<u>34,8</u>

Die wesentlichsten Faktoren, welche zu solch hohen Profiten in der Hescho führten, waren folgende:

1. Da es den Kapitalisten immer um die Erhöhung ihrer Profite geht, stehen sie vor der Frage, entweder mehr Kapital im Produktions-

prozeß einzusetzen und gleichzeitig eine so hohe Profitmasse zu erreichen, daß dieser Mehraufwand am Kapital durch die Erhöhung der Mehrwertrate nicht nur ausgeglichen, sondern übertroffen wird, oder bei gleichem bzw. sinkendem Kapitalaufwand eine Erhöhung des Profits zu erreichen. In diesem Zusammenhang spielte auch in der Hescho die Rationalisierung, mit und vor allem auch ohne Kapital, eine entscheidende Rolle. Das Akkordlohnsystem zwang die Arbeiter zu ständig steigenden Leistungen, wobei die Arbeitsintensität stark anstieg.

2. Das niedrige Lohnniveau der deutschen Beschäftigten, vor allem der Frauen, und in noch größerem Umfang die niedrigen Löhne der ausländischen Zwangsarbeiter, sicherten einen hohen Ausbeutungsgrad.
3. Die hohe Beteiligung der Hescho an der faschistischen Rüstungs- und Kriegsproduktion sicherte von vornherein den Absatz der ständig steigenden Produktion.
4. Die allgemein in der keramischen Industrie niedrigen Kosten für die benötigten Rohstoffe förderten nicht unerheblich die Profitentwicklung in der Hescho.
5. Die völlige Rechtlosigkeit und eine systematisch herbeigeführte politische Verdummung der Werktätigen sowie die Auswirkungen der staatsmonopolistischen Entwicklung auf die Werktätigen machte sie zu reinen Arbeitssklaven. Das Privateigentum an Produktionsmitteln war die entscheidende Grundlage für die ständig steigende Ausbeutung und die Erhöhung der Profite der Hescho.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland im Jahre 1933 charakterisierte der Genosse Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale dadurch, daß der deutsche Imperialismus

„die Rolle des Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptanstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion...“

übernommen hatte. Der Hauptinhalt der faschistischen Innen- und Außenpolitik bestand in der umfassenden Kriegsvorbereitung, welche dem Ziel der Errichtung der faschistischen Weltherrschaft diene. Dem Faschismus ging es in den beiden ersten Jahren nach 1933 um die Schaffung der organisatorisch-technischen Voraussetzungen für seine Kriegsvorbereitung. Im Jahre 1935 begann die eigentliche Rüstungsproduktion, von der auch die Hescho ungeheuer profitierte. Das Ergebnis waren mehr als 70 Millionen Mark an Reingewinn allein für die Kriegsjahre bis 1944. Diese mehr als 70 Millionen Mark waren das Ergebnis der Ausbeutung der deutschen und ausländischen Zwangsarbeiter. Die Entrechtung der Werktätigen und die totale Auslieferung an die faschistische Diktatur sowie die sich verschärfende Ausbeutung sind in einem engen Zusammenhang mit der umfassenden staatsmonopolistischen Entwick-

lung während der Zeit des Hitlerfaschismus zu sehen.

„Der staatsmonopolistische Charakter zeigte sich insbesondere

1. in der Verschmelzung der Macht der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals mit der des Staates, in der Übertragung außerordentlicher staatlicher Befugnisse an Unternehmerverbände und Repräsentanten der Monopole;
2. in der Regulierung der gesamten Wirtschaft und dem Ziel der Erringung der Autarkie im Interesse der Kriegsvorbereitung, der Schaffung einer Wehrwirtschaft und der schließlichen Unterordnung der gesamten Wirtschaft und aller anderen Sphären der Gesellschaft unter die Erfordernisse der Kriegsführung;
3. in der brutalen Unterdrückung der Bevölkerung und der immer stärkeren Ausbeutung ihrer überwiegenden Mehrheit durch die herrschenden Monopole, in der staatsmonopolistisch organisierten Unterjochung und Ausraubung anderer Völker;
4. in dem weiteren Ausbau des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln im Interesse der monopolistischen Revanchepläne als wesentliches Glied der Kriegsvorbereitung und Kriegswirtschaft ...“

Diese Einschätzung trifft auch in vollem Inhalt auf die Hescho zu. Auf der Grundlage des Gesetzes über den organischen Aufbau der Wirtschaft vom Februar 1934 wurden sechs Wirtschaftsgruppen gebildet, von denen eine die Wirtschaftsgruppe Industrie war, der auch die Hescho angehörte. Diese Wirtschaftsgruppe wurde, wie auch die anderen fünf Wirtschaftsgruppen, von solchen Leuten geleitet, welche zu den herrschenden Kreisen der Finanzoligarchie in Deutschland gehörten und deren gesamte Tätigkeit sich gegen die Werktätigen richtete.

Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“, welches ebenfalls 1934 erlassen wurde, stellte den Beginn eines totalen Zwangsarbeitssystems in Deutschland dar. Auf dessen Grundlage wurden später die sogenannten Dienstverpflichtungen durchgeführt und auch das Kündigungsrecht der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben aufgehoben. Das eingerichtete Zwangsarbeitssystem zeigte sich auch in der Liquidierung des 8-Stunden-Tages. Für die Hescho bedeutete diese Tatsache ein rasches Ansteigen ihrer Profite und für die Werktätigen des Betriebes teilweise eine Arbeitswoche von mehr als 60 Stunden. Im Mai 1944 betrugen die Überstunden, zu denen die Arbeiter gezwungen wurden, rund 39 000. Umgerechnet auf ein Jahr machte das etwa 468 000 Arbeitsstunden aus, welche wesentlich zur Profiterhöhung der Hescho beitrugen. Nicht zuletzt zeigte sich die umfassende und brutale Ausbeutung in der Tatsache der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Die ausländischen Zwangsarbeiter brachten für die Hescho eine schätzungsweise Einsparung von Löhnen in Höhe von mindestens 15 bis 17 Millionen Mark. Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion und die Antihitlerkoalition befreite auch die Werktätigen der Hescho von der

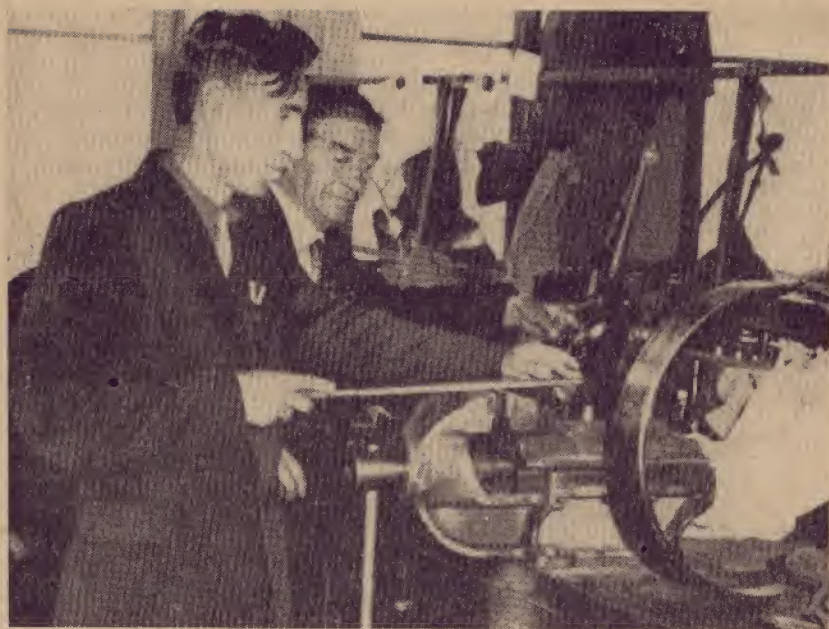


Abb.11 Der ehemalige Zwangsarbeiter Nikolai Schljachin weilte im Jahre 1965 zu Besuch in unserem Werk. Er ließ es sich nicht nehmen, seinen ehemaligen Arbeitsplatz in der Betriebsschlosserei aufzusuchen

faschistischen Tyrannei, der Unterdrückung, Rechtlosigkeit und Ausbeutung. Heute existiert von der ehemaligen Hescho nur noch ein Teil der äußeren Fassade. Wenn auch die althergebrachte Produktion in der Porzellanindustrie - wie überall in der Welt - nach wie vor noch mitbestimmend ist, so drückt die Entwicklung von Wissenschaft und Technik dem VEB Keramische Werke Hermsdorf immer mehr ihren Stempel auf.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik spielt heute eine entscheidende Rolle im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus. In diesem Zusammenhang werden im VEB Keramische Werke Hermsdorf von den Angehörigen des Betriebes alle Anstrengungen unternommen, die Aufgaben zu bewältigen, welche die technische Revolution stellt.

Der VEB Keramische Werke Hermsdorf ist heute der größte, modernste und bedeutendste Betrieb der keramischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik. Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse arbeiten die Werktätigen des Betriebes nicht mehr für hohe Profite der Aktionäre, sondern für sich und zum Wohle der gesamten Bevölkerung unseres Staates.

Nachwort

Die Entwicklung des VEB Keramische Werke Hermsdorf nach 1945 zu einem volkswirtschaftlich wichtigen Industriebetrieb widerspiegelt die Entwicklungsetappen und Entwicklungstendenzen unserer DDR.

Der erste Sekretär des ZK der SED konnte auf der 11. Tagung des ZK der SED folgende bedeutsame Feststellung treffen:

„In der DDR vollziehen die Werktätigen seit Jahren den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Allen ist bekannt, daß sie vom deutschen Imperialismus einen Trümmerhaufen übernommen haben. Nur mit äußerster Anspannung und strengem Zentralismus beim Einsatz der sehr beschränkten ökonomischen Ressourcen konnten sich die Werktätigen von der furchtbaren Hypothek befreien, die der deutsche Faschismus hinterlassen hatte. In zielstrebigster Arbeit hat unser Volk die neue Ordnung geschaffen. Und gerade im Prozeß dieser Arbeit haben sich die Menschen gewandelt, sind neue Menschen herangewachsen. Sie haben unsere DDR zu einem modernen, hochentwickelten, sozialistischen Industriestaat mit einer intensiven Landwirtschaft gestaltet.“

In diesem Prozeß haben die Werktätigen des VEB Keramische Werke Hermsdorf als aktive Gestalter mitgewirkt. Allerdings standen uns

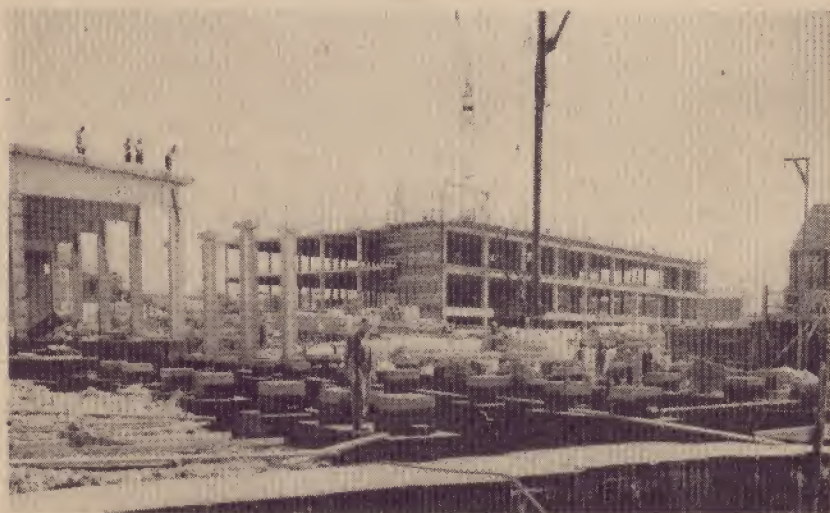


Abb. 12 Viele Millionen Mark investierte unser Staat im KWH Hermsdorf. Und bereits heute ist unser Werk der größte und modernste Keramik-Betrieb der DDR

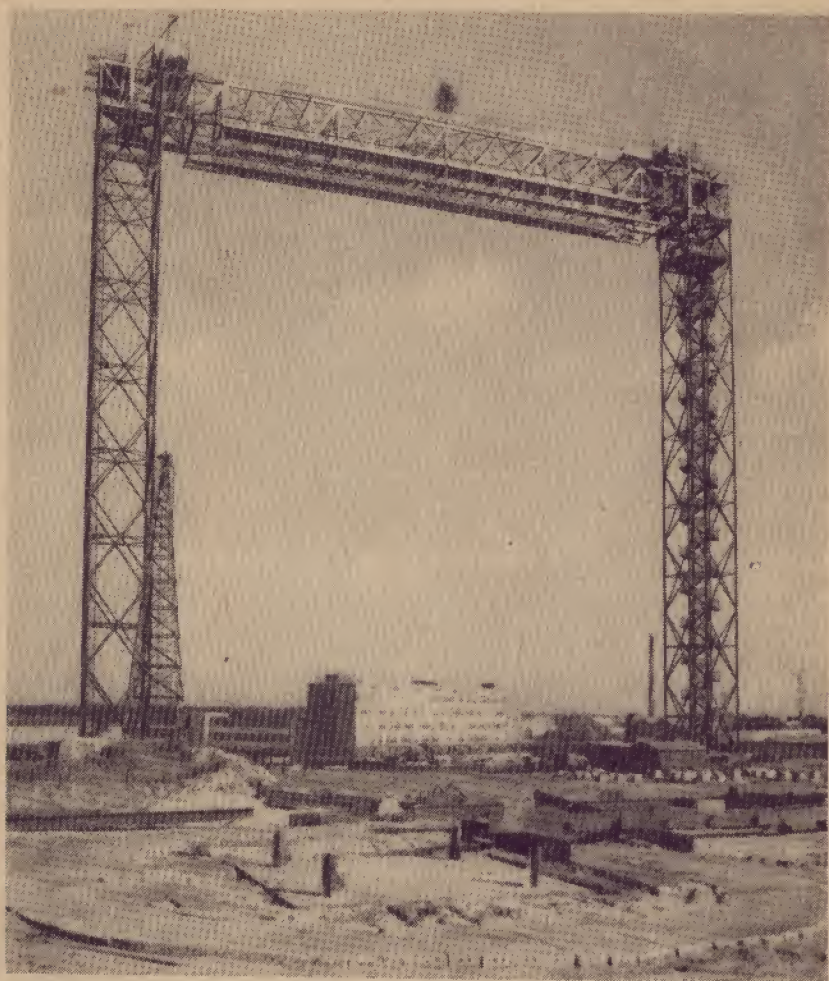


Abb. 13 Teil des Freiluftversuchsfeldes - das neue Wahrzeichen Hermsdorfs. Im Hintergrund die Laborgebäude

uneigennützigte Helfer und Lehrmeister zur Seite. Es waren die sowjetischen Genossen, die uns geholfen haben, diese unmenschliche Vergangenheit sowohl in unserem Gedankengut als auch durch zielstrebige Arbeit zum Nutzen unseres Volkes zu überwinden. Viele Ratschläge und praktische Anleitung durch die sowjetischen Genossen führten dazu, daß deutsche Arbeiter lernten, die Betriebe zu leiten und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Sie lehrten uns, auf die eigene Kraft

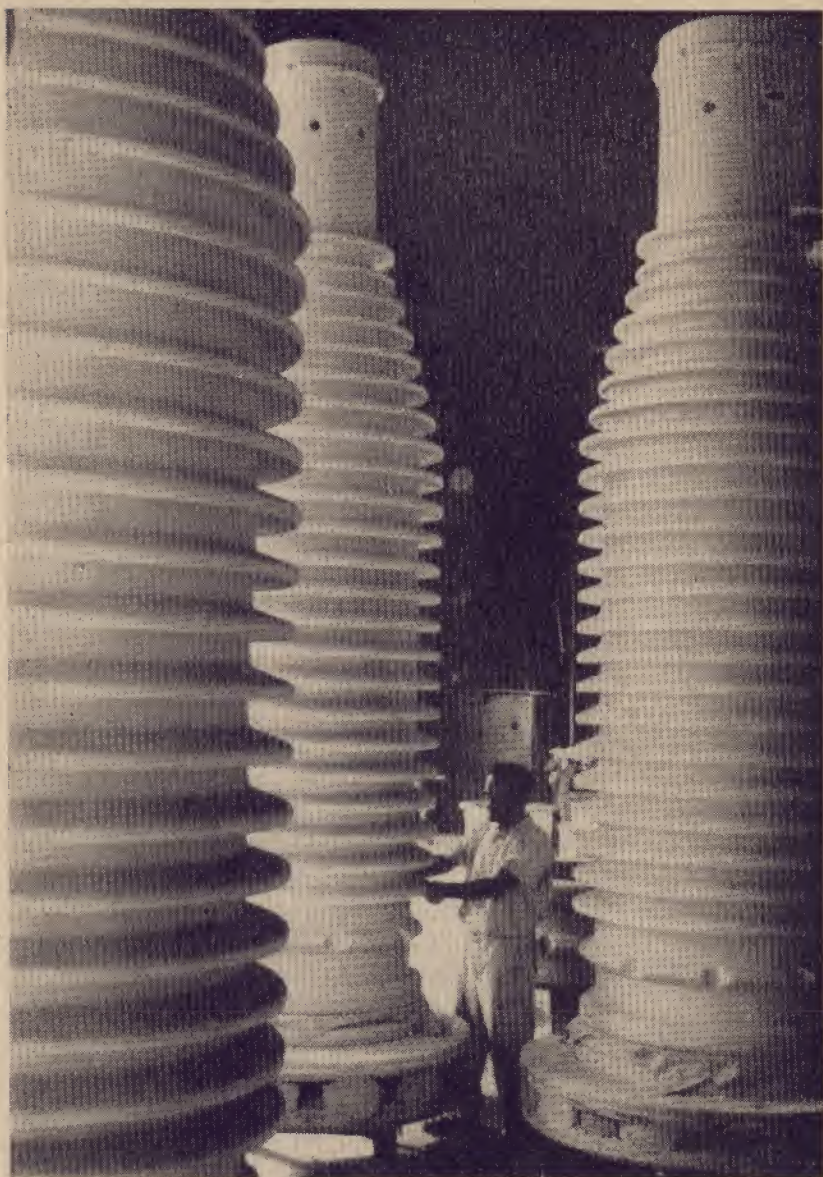


Abb.14 Diese SU-Überwürfe, die die Sowjetunion für den Bau des Assuan-Projektes in Ägypten benötigt, werden in unserem Bereich Porzellan gefertigt und erbrachten dem Werk im Jahre 1965 auf der Leipziger Frühjahrsmesse eine Goldmedaille

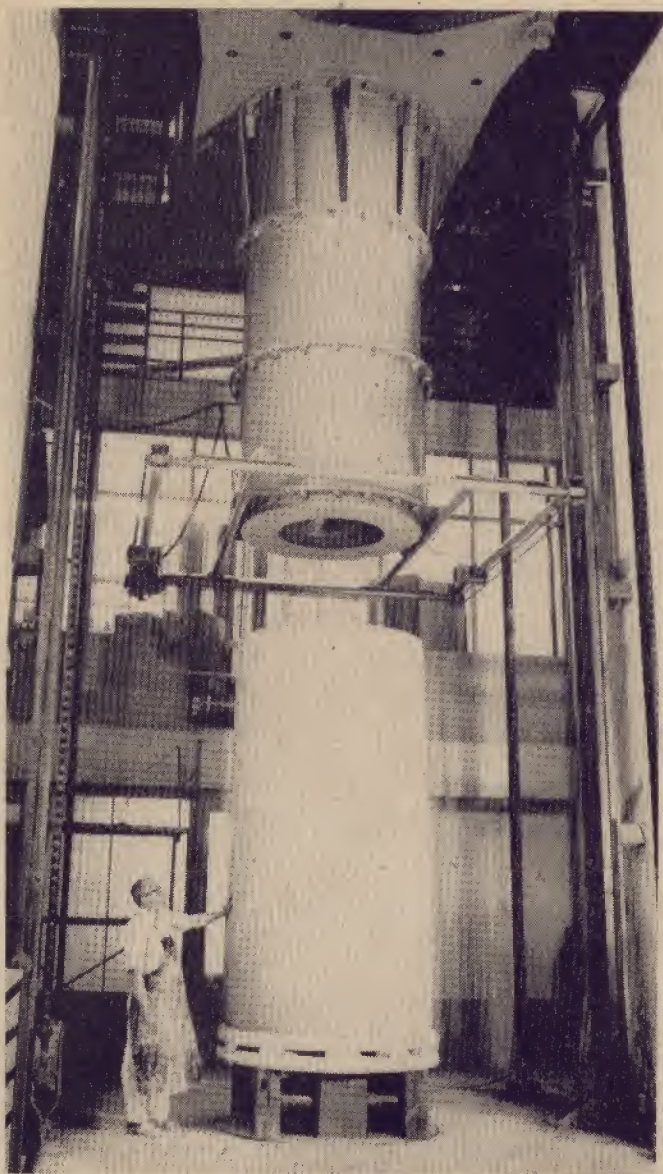


Abb. 15 Moderne Maschinen und Aggregate, wie zum Beispiel diese neue 1600-mm-Vakuum-Strangpresse zur Herstellung von Rohlingen für Porzellangroßstücke, prägen heute das Gesicht der Abteilungen und Bereiche

der Arbeiterklasse zu vertrauen und unsere Zukunft selbst mitzubestimmen. Sie halfen den deutschen Antifaschisten, die Einheit der Arbeiterklasse zu schmieden, und unterstützten sie beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

Diesen uneigennützig Helfern und Lehrmeistern, dem ganzen Sowjetvolk sei an dieser Stelle nochmals recht herzlich gedankt. Unseren besonderen Dank möchten wir den Genossen Smolensky, Jessakow, Petrosjanz, Abarenkow und Genossin Werbizkaja sagen, die in unserem Betrieb entscheidende Voraussetzungen für die weitere Entwicklung geschaffen haben.

Wenn heute der VEB Keramische Werke Hermsdorf ein moderner Großbetrieb ist, der Einfluß auf die industrielle Entwicklung unserer Republik nimmt, dann muß man sich an die furchtbare Hypothek zurückerinnern, die der deutsche Faschismus in diesem damaligen „Hescho“-Betrieb hinterlassen hat. Erst aus diesen Erinnerungen heraus kann man die großen Leistungen der Werktätigen richtig einschätzen und die kontinuierliche Weiterentwicklung der DDR bis zu einem hochentwickelten Industriestaat, der die 10. Stelle in der Welt einnimmt, richtig beurteilen.

Unser Betrieb entwickelte sich in voller Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands seit dem Vereinigungsparteitag 1946. Seit 1953 wurde die systematische Rekonstruktion des Betriebes durchgeführt, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen planmäßig zu verbessern.



Abb. 16 In der modern ausgestatteten Poliklinik findet jeder Werktätige ärztliche Beratung und Hilfe. Außerdem aber gehören ein modernes Nachtsanatorium und eine Kinderstation zu den sozialen Einrichtungen des Werkes



Abb.17 In den neugeschaffenen Kindergärten und Krippen des Betriebes sind die Kleinsten gut aufgehoben, während Mutti arbeitet



Abb.18 Unter der Aufsicht erfahrener Erzieherinnen lernen die Kinder in den betriebseigenen Tageseinrichtungen mit den Werkstoffen umzugehen und kleine Handarbeiten selbst anzufertigen

Die alten auf Kohlebasis arbeitenden Brennaggregate wurden durch neue, moderne Aggregate im ganzen Betrieb ersetzt. Das Bereich Ferrite, in unserem Betrieb nach 1945 in einer Baracke entstanden, wurde vollkommen neu aufgebaut. Die Bereiche Kondensatoren und Porzellan sind wesentlich erweitert worden, und neue und helle Arbeitsplätze sowie neue Bereiche sind in dieser Zeit entstanden. So unter anderem auch unser neues Laborgebäude, um die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Produktion wirksam werden zu lassen. Dadurch wurden die Arbeitsbedingungen verändert, und die Produktion konnte im Zeitraum von 1953 bis 1965 um das 6fache gesteigert werden. Gleichmaßen wurden die Lebensbedingungen in unserem Betrieb verändert. Die Betreuung der Angehörigen des Betriebes wurde durch den Bau der Betriebspoliklinik, durch die Errichtung bzw. Modernisierung von 5 Speisesälen, durch Schaffung des Nachtsanatoriums und des Kinderkrankenhauses, durch Kindergärten und Kinderkrippen, durch Kinderferienlager, Betriebserholungsheim und nicht zuletzt durch die Werkküche und die Arbeiterversorgung des Betriebes systematisch verbessert. Einige Zahlen sollen dies veranschaulichen. Der Kultur- und Sozialfonds, aus dem die Betriebsausgaben für die soziale und kulturelle Betreuung der Betriebsangehörigen bestritten werden, ist von 1953 bis 1965 um das 40-



Abb.19 Noch waren die Wunden des Krieges nicht vernarbt. Noch galt es, vieles in Gang zu setzen, vieles aufzubauen und manches ganz neu zu schaffen. Aber eine der Hauptsorgen unserer Partei und der Gewerkschaft war es, den Kindern frohe Ferientage zu bereiten. Damals vor 20 Jahren, wie auch noch heute



Abb. 20 Im betriebseigenen Kinderferienlager in Katzhütte erholen sich alljährlich viele Kinder unserer Betriebsangehörigen. Die kleinen Bungalows, wie Märchenhäuschen anzusehen, beherbergen Gruppen von 6–8 Kindern und je eine Helferin oder einen Helfer

fache erhöht worden, für die gesundheitliche Betreuung der Betriebsangehörigen wurden 1965 20mal mehr Mittel ausgegeben als 1953, der Zuschuß für die Werkküche beträgt 1965 30mal mehr als 1953, und für die Betreuung unserer Kinder im Kinderferienlager haben sich die Zuschüsse im gleichen Zeitraum um das 3,3fache erhöht.

Diese Zahlen sagen aus, daß die Bilanz des 20jährigen Kampfes der SED für die sozialistische Entwicklung unserer Republik erfolgreich ist.

Die 11. Tagung des ZK der SED hat zum gesamten Komplex der gesellschaftlichen Entwicklung unserer DDR Stellung genommen und in den Beschlüssen die Entwicklungsrichtung zunächst bis 1970 festgelegt. Die entscheidende Schlußfolgerung aus dieser Tagung für die Werktätigen des VEB Keramische Werke Hermsdorf besteht darin, zu erkennen, daß die weitere Entwicklung des Betriebes auf der Grundlage der festgelegten Perspektive davon abhängig ist, wie der Betrieb in den kommenden Jahren mit der Erfüllung seiner Aufgaben die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft der DDR beeinflußt. Der Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der SED ist ein wichtiger Meilenstein auf



Abb.21 Viel Wohnraum für die ständig wachsende Belegschaft des Werkes mußte geschaffen werden



Abb.22 Vier von den in Montagebauweise gefertigten Blöcken in der Waldsiedlung sind bereits bewohnt, und ständig wird weitergebaut

dem Wege zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und trägt dazu bei, den Reichtum des Volkes weiter zu vermehren.

Die Verpflichtungen anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der SED zeugen davon, daß die Mehrzahl der Werktätigen des Betriebes die Quelle des Reichtums des Volkes erkennt und selbst aktiven Einfluß darauf nimmt, das Ergebnis unserer Arbeit durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität unmittelbar an dem Arbeitsplatz jedes einzelnen zu beeinflussen. Damit leisten die Werktätigen des VEB Keramische Werke Hermsdorf ihren Beitrag zur Erfüllung der nationalen Mission der DDR.



DK

Abb. 23 Die Textilizirkel in unserem Kulturhaus erfreuen sich großer Beliebtheit bei den Frauen und Mädchen aus dem Werk und den Wohngebieten. Hier lernen sie manches, was für die Bekleidung der Kinder und die Ausgestaltung der Wohnung angewandt werden kann



Abb. 24 Gut feiern läßt es sich in unserem schönen Kulturhaus

